

# AUGUST 2019

## LINKE kritisiert Kompromiss zu Straßenbaubeiträgen

PM vom 07.08.2019

Der Duisburger Planungsdezernent Martin Linne kritisiert den Kompromiss der Landesregierung bezüglich der Straßenbaubeiträge und befürchtet einen erhöhten Bürokratieaufwand für die städtische Verwaltung.

Hierzu erklärt Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion DIE LINKE: „Der Kompromissvorschlag der Landesregierung zeigt, dass die Mehrheitsparteien im Düsseldorfer Landtag sich in eine Sackgasse manövriert haben. Bei knapp einer halben Millionen Unterschriften gegen die Straßenbaubeiträge und unzähligen Ratsbeschlüssen auf kommunaler Ebene zur kompletten Abschaffung der Straßenbaubeiträge für die Bürgerinnen und Bürger, schafft die Landesregierung nur einen faulen Kompromiss. Es ist endlich an der Zeit diese überholte Regelung abzuschaffen. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sofort von den Beiträgen befreit werden und das Land muss die Mehrkosten der Kommunen direkt ausgleichen, damit die ohnehin schon gebeutelten Städte und Landkreise nicht weiter belastet werden. Da es sowohl Land als auch Bund allerdings jahrelang vermieden haben, die Einnahmeseite durch gerechte Besteuerung solide auszugestalten, fehlt nun das Geld, um die Bürgerinnen und Bürger zu entlasten. Wir sind der gleichen Auffassung wie Herr Linne, dass das Land in der Verantwortung steht und unbürokratisch Finanzhilfe leisten muss. Allerdings zeigt sich an dieser Stelle wieder einmal, dass die Stadt Duisburg personell eklatant unterbesetzt ist. Mit dem Verweis auf einen erhöhten Personalaufwand wird von vorneherein eine Möglichkeit abgelehnt, die, zumindest in einem gewissen Maße, zu einer Entlastung der Bürgerinnen und Bürger führen würde. Genauso wie das Land in der Verantwortung steht die Straßenbaubeiträge komplett abzuschaffen und die Kommunen zu entschädigen, ist es die Verantwortung der Stadtspitze und der Politik dafür zu sorgen, dass die Verwaltung personell so ausgestattet ist, dass sie alle notwendigen Aufgaben erfüllen kann. Dies gilt insbesondere für Maßnahmen, die zur finanziellen Entlastung der Bürgerinnen und Bürger beitragen.“

## LINKE Anträge zum Klimawandel

PM vom 06.08.2019

DIE LINKE kündigt an, in der nächsten Sitzung des Umweltausschusses mehrere Anträge zu stellen und Duisburg nach und nach mit konkreten Maßnahmen zu einer klimagerechten Stadt umzugestalten.

„Die Folgen des Klimawandels sind bereits jetzt für jeden spürbar. Hitzeperioden und Starkregenfälle werden weiter deutlich zunehmen. Bisher ist Duisburg auf die Herausforderungen durch den Klimawandel kaum vorbereitet“, meint Dr. Detlef Feldmann, umweltpolitischer Sprecher der Linksfraktion.

DIE LINKE setzt auf die Verbreitung umweltfreundlicher Energieträger in Duisburg und fordert daher die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen an geeigneten Böschungen des Hafens und der Kanäle. Damit eine bessere Wässerung von Straßenbäumen erreicht und die Gefahr von Überlastungen der Kanalisation bei Starkregenereignissen gemindert wird, stellt DIE LINKE zusätzlich den Antrag bei künftigen Straßenbaumaßnahmen eine wasserdurchlässige Pflasterung der

Gehwege zu verwenden. Um die Bedeutung des ÖPNV für die Verkehrswende hervorzuheben, macht DIE LINKE weiterhin den Vorschlag, den Mandatsträgern der Stadt Duisburg anstatt wie bisher Kilometergeld für ein KFZ zu bezahlen, eine Dauerkarte für den ÖPNV zu stellen. Und natürlich darf bei der Linken der Baumschutz nicht fehlen. So fordert DIE LINKE die Wiederaufnahme der Verpflichtung von Ausgleichspflanzungen oder Ausgleichszahlungen nach Baumfällungen, die ja nach Aussetzen der Baumschutzsatzung nicht mehr genehmigungspflichtig sind. Feldmann dazu: „Jeder Baum, den wir erhalten und neu anpflanzen, mindert das Aufheizen der Stadt und ist ein Symbol für den Kampf gegen den Klimawandel und für einen lebenswerten Planeten.“

## Sozialer Arbeitsmarkt – Tropfen auf den heißen Stein

PM vom 02.08.2019

DIE LINKE kritisiert das Teilhabechancengesetz und die damit verbundene Schaffung von 550 Arbeitsplätzen in Duisburg bis zum Jahresende als unzureichend. Carmen Hornung Jahn, sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion, wird deutlich: „Jede Maßnahme, die dazu führt, dass Menschen wieder in Arbeit kommen, begrüßen wir. Gerade für die Betroffenen ist es eine riesige Befreiung, nicht mehr dem Druck des Jobcenters hilflos ausgeliefert und mit völlig unzureichenden Hartz IV-Leistungen in bitterer Armut leben zu müssen. Allerdings geht das Teilhabechancengesetz am tatsächlichen Bedarf vollkommen vorbei. Annähernd 28.000 Menschen sind in Duisburg von Arbeitslosigkeit betroffen. Zählt man die Unterbeschäftigung hinzu, also Menschen, die in zahlreichen Trainings- und Bewerbungsmaßnahmen abgeschoben werden, zwangsweise frühverrentet oder krangeschrieben sind, steigt diese Zahl auf 38.000. Damit erhält nur ein geringer Bruchteil die Möglichkeit eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung über das Teilhabe- und Chancengesetz anzunehmen. Diese Zahlen verdeutlichen, dass das Programm nicht mehr ist als der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein. Hinzu kommt, dass die Teilnehmer am Sozialen Arbeitsmarkt im Falle einer Beendigung der Beschäftigung keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld I haben, sondern sofort wieder auf Hartz IV angewiesen sind. Das Hartz IV-System ist gescheitert. Wir brauchen dringend einen Kurswechsel in der Arbeitsmarktpolitik. Längst überfällig ist deshalb ein groß dimensioniertes öffentliches Beschäftigungsprogramm, das der Massenarbeitslosigkeit tatsächlich den Kampf ansagt.“

# JULI 2019

## Problem der Schulen nicht gelöst

PM vom 30.07.2019

Am 30.07.2019 wurden sowohl in der WAZ als auch in der NRZ zwei Artikel zur Schulsituation in Duisburg veröffentlicht. In dem Artikel „Gesamtschule entsteht in Röttgersbach“ wird auf den Neubau zweier Gesamtschulen im Norden und in Mitte aufmerksam gemacht und im zwei-

ten Artikel „Hilfsversprechen für die Schulen im Norden“ wird darüber informiert, dass die Bezirksregierung und die Schulverwaltung den Schulen im Norden mittels einer Verpflichtungserklärung ihre Unterstützung zusagt.

Barbara Laakmann, schulpolitische Sprecherin der Linksfraktion, nimmt zu den Zeitungsartikeln wie folgt Stellung:

„Es ist sicher gut, wenn im Duisburger Norden eine neue Gesamtschule im Gebäude der ehemaligen Ann-Frank-Hauptschule entstehen soll. Es ist auch in Ordnung, dass die ehemalige Hauptschule an der Hitzestraße saniert und als neue Gesamtschule genutzt werden soll. Damit kann immerhin ein Teil der 5191 Kinder wunschgemäß beschult werden, die im Jahr 2028 in die weiterführenden Schulen gehen werden.

Aber es ist weiße Salbe. Wo sollen denn die Kinder in den 4 Jahren vorher ihre Primarschulzeit absolvieren? Im Augenblick sind es 4500, im Jahr 2024 werden es 5191 sein, knapp 700 mehr. Das ist die Geburtenstatistik, da sind die Kinder aus zugewanderten und geflüchteten Familien noch gar nicht eingerechnet.

Im kommenden Schuljahr werden ca. 100 Kinder in der ersten Klasse mit Bussen aus Marxloh an andere Schulen gefahren. Sechsjährige Kinder lernen als erstes, wie man Bus fährt und hoffentlich an der richtigen Stelle aussteigt. Im Jahr 2018 hat der Bustransport 2,8 Mill € gekostet. Sieht so die versprochene Hilfe für die Schulen in Marxloh aus? Der große Sprung in der Geburtenstatistik kommt zum Beginn des Schuljahres 2022/23. Da kommen dann ca. 600 Kinder mehr als im Vorjahr. Zuwanderung nicht mitgerechnet.

Wo sollen diese Kinder denn hin?

„Letter of Intend“ ist auch nicht schlimm. Hat ein Jahr gedauert, schadet aber nicht. Hilft aber nicht wirklich.

Es bedarf sofort der zügigen Errichtung neuer Grundschulen. Für jeden Stadtbezirk mindestens eine.

Neue, gute, durchdachte, offene Schulen mit hellen Räumen, in denen eine Pädagogik des 21. Jahrhunderts angemessen umgesetzt werden kann.

Alles andere ist die Klinikpackung weiße Salbe.

## **LINKE: Hoher Preis für Schuldenabbau**

**PM vom 18.07.2019**

Duisburg hat auch im Jahr 2018 seine Schulden weiter reduzieren können. Die Freude darüber hält sich bei der LINKEN allerdings angesichts der unerwünschten Nebenfolgen der Duisburger Sparpolitik in Grenzen. Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion, gibt zu bedenken: „Die Stadt zahlt einen hohen Preis für den Schuldenabbau. Die Lebensqualität geht zunehmend verloren und die Wettbewerbsfähigkeit Duisburgs leidet. Vor allem aber geht die Politik der schwarzen Null zu Lasten zukünftiger Generationen. Wir hinterlassen den jungen Menschen eine heruntergewirtschaftete Infrastruktur und eine stark belastete Umwelt.“

Nach Ansicht der LINKEN beläuft sich allein der Sanierungsstau auf mittlerweile 2 Milliarden Euro. DIE LINKE fordert daher umfangreiche Investitionen. Ammann-Hilberath mahnt eindringlich: „Die Verwaltung des Mangels darf nicht Leitmaxime städtischer Handelns sein. Politik muss gestalten. Was wir jetzt brauchen ist ein milliardenschweres Investitionsprogramm. Wir müssen den Sanierungsstau bei den Straßen, Brücken, öffentlichen Gebäuden, Schulen und Sportstätten angehen. Darüber hinaus muss der Ausbau des ÖPNV geschultert und angemessene Investitionen für eine klimagerechte Stadt auf den Weg gebracht werden.“

## **LINKE erneuert Kritik am BuT und fordert wirksame Reformen statt kosmetischer Korrekturen**

**PM vom 16.07.2019**

Die ab 1. August in Kraft tretenden Neuregelungen des Bildungs- und Teilhabegesetzes sind nach Meinung der LINKEN kaum geeignet, um die ungleichen Chancen auf gesellschaftliche Teilhabe und Bildung für die Kinder und Jugendlichen aus armen Verhältnissen zu verbessern.

Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der LINKEN, meint dazu: In Duisburg lebt jedes dritte Kind in Armut, in einigen Stadtteilen sogar jedes zweite. Natürlich ist jede finanzielle Aufstockung der Unterstützungsleistungen wichtig und begrüßenswert. Aber ob ein Kind wie bisher 10 Euro aus dem Teilhabepaket für eine Mitgliedschaft in einem Verein erhält oder aber zukünftig 15 Euro, wird an den ungleichen Bildungs- und Teilhabechancen nicht das Geringste ändern.

Ammann-Hilberath macht deutlich, dass der Bildungserfolg zunehmend vom Wohnort und vom Geldbeutel der Eltern abhängt. „Während in Duisburg jedes Dritte Schulkind eine Empfehlung für die Gymnasialschule bekommt, ist es in sozial benachteiligten Stadtteilen wie Laar oder Hochfeld nur jedes siebte bzw. achte Kind, das eine Gymnasialempfehlung erhält. Wir verspielen seit Jahren die Chancen einer ganzen Generation auf ein selbstbestimmtes und glückliches Leben. Wir brauchen keine kosmetischen Korrekturen, die so gut wie keine Auswirkungen auf die Lebenssituation und die Zukunft der Kinder haben. Stattdessen brauchen wir Reformen, die den Namen verdienen und grundlegende und spürbare Verbesserungen für die Kinder bedeuten. DIE LINKE fordert daher eine eigenständige Kindergrundsicherung in Höhe von 573 Euro einzuführen. Darüber hinaus bleibt natürlich die Forderung nach der Abschaffung von Hartz IV, denn Kinderarmut ist immer auch Elternarmut.“

## **LINKE besorgt über zunehmenden Steuerwettbewerb**

**PM vom 05.07.2019**

Nach einem Beschluss des Rates wird die Stadt Leverkusen als erste Großstadt in NRW, vorbehaltlich einer Genehmigung durch die Bezirksregierung, ihren Gewerbesteuerhebesatz im Jahr 2020 von 475 auf 250 senken. Bereits seit 2018 hat Monheim einen Gewerbesteuerhebesatz von 250. Langenfeld wird seinen Hebesatz bis zum Jahr 2021 auf 299 reduzieren. Den Unmut anderer Kommunen zog Langenfeld zuletzt auf sich, nachdem bekannt wurde, dass die Stadt Unternehmen aus den Nachbarkommunen direkt anschrieb und versuchte, diese mit

niedrigen Steuersätzen zur Verlagerung ihres Unternehmenssitzes zu bewegen. Wie viele ebenfalls hoch verschuldete Städte musste Duisburg als Stärkungspaktkommune dagegen den Gewerbesteuerhebesatz auf mittlerweile 520 erhöhen, um die Konsolidierungsvorgaben der Bezirksregierung zu erreichen.

Hierzu erklärt die Fraktionsvorsitzende Martina Ammann-Hilberath: „Mit großer Sorge beobachten wir den Trend, dass Kommunen in NRW vermehrt ihre Gewerbesteuerhebesätze deutlich senken und sich zunehmend zu Steueroasen entwickeln. Wir lehnen dieses unsolidarische Verhalten ab und warnen vor einer Steuersenkungsspirale mit unabsehbaren Folgen für die kommunalen Haushalte in NRW. Es ist zu befürchten, dass die vom Strukturwandel betroffenen hoch verschuldeten Städte im Ruhrgebiet gegenüber den Städten der Rheinschiene noch weiter zurückfallen. DIE LINKE fordert daher eine angemessene Finanzausstattung für die Kommunen, eine Beteiligung des Bundes an einem Altschuldenfonds und eine Steuerharmonisierung auf kommunaler Ebene.“

Ammann-Hilberath gibt zu bedenken: „Diese Steuerdumpingstrategie rechnet sich für diese Städte nur dann, wenn sie von einigen wenigen Kommunen umgesetzt wird. Nur so können Steuerausfälle im eigenen Haushalt aufgrund der Senkung der Hebesätze durch die Abwerbung von Unternehmen der Nachbarkommunen kompensiert bzw. überkompensiert werden. Steigende Steuererträge können nur auf Kosten der Nachbarstädte erzielt werden, um den Preis, dass die Ungleichheiten zwischen den Kommunen weiter zunehmen und der gesellschaftliche Zusammenhalt in Frage gestellt wird.“

Würden aber alle Kommunen ihre Hebesätze radikal senken, so entfielen der Wettbewerbsvorteil. Im Ergebnis käme es zu einem drastischen Absinken des Gewerbesteueraufkommens der Kommunen insgesamt, was zu Leistungskürzungen und einem weiteren Verfall der Infrastruktur führen würde. Die Kommunen wären bei diesem Spiel die großen Verlierer, während die Unternehmen auf Kosten der Allgemeinheit ihre Gewinne weiter steigern könnten. Die Unternehmen würden zwar die Vorteile der Infrastruktur nutzen, aber keinen angemessenen Beitrag mehr zum Erhalt derselben leisten. Dieser ruinöse Steuersenkungswettbewerb kann nicht im Sinne der kommunalen Familie sein und widerspricht dem im Grundgesetz festgesetzten Ziel der Umsetzung gleichwertiger Lebensverhältnisse.“

## **LINKE kritisiert Musterraumprogramm**

**PM vom 02.07.2019**

Am Montag verabschiedete der Rat gegen die Stimmen der Linksfraktion das Musterraumprogramm für die Duisburger Schulen. Das von der Verwaltung vorgelegte Raumprogramm wird nach Ansicht der LINKEN den Anforderungen an neue, zeitgemäße pädagogische Konzepte sowie veränderte Bedingungen im Schulbetrieb wie Inklusion, Ganztage und Zuwanderung nicht gerecht.

Barbara Laakmann, schulpolitische Sprecherin der Linksfraktion gibt zu bedenken: „Entscheidende Schwachpunkte des Raumprogrammes sehen wir in dem Kompromisscharakter zwischen zeitgemäßen Konzepten und finanziellen Möglichkeiten sowie der Einschränkung auf Schulneubauten.“

Musterraumprogramme sollten die Voraussetzung dafür bilden, wie Schulen ausgestaltet sein müssen, um den nächsten Schülergenerationen optimale Lernbedingungen zu ermöglichen. Raumprogramme bilden somit die Grundlage für die bauliche Struktur der Schulen in den nächsten Jahrzehnten. Umso fataler, dass das Duisburger Raumkonzept von Grund auf unter Finanzierungsvorbehalt steht und finanziellen Zwängen unterworfen wird.

In den Grundschulen sollen beispielsweise die Klassenräume auch für die Ganztagsbetreuung und die Aula als Mensa genutzt werden. Dass dies gelegentlich geschieht unter dem Druck der Realität, ist klar. Aber dass dies geplant wird und als vernünftig verkauft wird, ist unverantwortlich. Unterrichtsräume sind Unterrichtsräume, Ganztagsbetreuung ist etwas völlig anderes.

Das zweite Manko ist, dass eine umfangreiche Umsetzung des Raumprogrammes nur bei Schulneubauten vorgesehen ist, die allerdings zurzeit nicht geplant sind. Bei Erweiterungsbauten wird die Umsetzung nur eingeschränkt erfolgen. Hinzu kommt, dass die Reaktivierung von zum Teil 100 Jahre alte Schulen geprüft wird, auf die das Musterraumprogramm gar nicht angewendet werden kann.

Wir brauchen wegweisende Vorschläge, kühne Entwürfe und mutige Beschlüsse. Anstelle der politischen Verweigerungshaltung und der Verwaltung des Mangels durch SPD und CDU auf kommunaler und Bundesebene, brauchen wir Umverteilung, Investitionen und eine angemessene Finanzausstattung für die Kommunen. Wir vererben unseren Kindern nicht nur eine schwarze Null. Die zukünftigen Generationen haben ein Recht auf gute Schulen und eine funktionierende Infrastruktur.“

# JUNI 2019

## LINKE für ein „Viertel für alle“ auf der Duisburger Freiheit

PM vom 26.06.2019

Zur Entwicklung der Fläche der Duisburger Freiheit und der angekündigten Bürgerbeteiligung erklärt Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion DIE LINKE.Duisburg: „Die Stadt Duisburg hat nun nach vielen Jahren endlich wieder den kompletten Zugriff und eigene Gestaltungsmöglichkeiten auf eine der wichtigsten freien Flächen in unserer Stadt. Nachdem die Stadtspitze - angefangen bei der nicht Inanspruchnahme des Vorkaufsrechts, über Multi Casa und Krieger, bis hin zum DOC - einen Fehler nach dem anderen beging, kann es nun endlich losgehen. Der Kauf und die Entwicklung des Geländes durch die Gebag ist ein Glücksfall für die Stadt. Die Gebag hat in den letzten Jahren bewiesen, dass sie wirtschaftlich aber auch mit sozialer Verantwortung handelt. DIE LINKE begrüßt die Äußerungen des Geschäftsführers der Gebag, Herrn Wortmeyer, dass Qualität bei der Entwicklung der möglichst schnellen Realisierung vorzuziehen ist. Ebenso sind wir der Meinung, dass die Gebag, mit der Entscheidung ein professionelles Büro zur Bürgerbeteiligung einzuschalten, umsichtig handelt. Dieses Gelände mit seiner ganzen Historie muss zwingend mit der größtmöglichen Transparenz und Bürgerbeteiligung geplant werden. Da die Stadt Duisburg in der Vergangenheit Bürgerbeteiligung oftmals nur auf dem Papier durchgeführt hat, ist es zu begrüßen, dass nun die Gebag den Hut

auf hat. Gescheiterte Bürgerbeteiligungen wie bspw. beim Kantpark dürfen sich nicht wiederholen. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass im Zuge des Bürgerentscheides damals knapp die Hälfte der Teilnehmenden für das DOC gestimmt haben, macht deutlich, dass wir auch diese Personen einbeziehen müssen, um eine Entwicklung voranzutreiben, die möglichst viele Interessen berücksichtigt.“

Das Filetstück im Duisburger Zentrum soll nun zu einer sogenannten „Marke“ entwickelt werden, um mit einem positiven Image besetzt zu werden.

Hierzu erklärt Ammann-Hilberath: „Die Stadt versucht hier – ähnlich wie bei dem Leitbildprozess – das Pferd von der falschen Seite aufzuzäumen. Wir brauchen keine künstlich geschaffene Marke. Wir brauchen gutes und bezahlbares Wohnen, gute Arbeit und ein gutes Klima in dem neu zu schaffenden Viertel. Wenn wir das realisieren, dann sind wir attraktiv und müssen nicht durch ein künstlich geschaffenes Image versuchen uns einen attraktiven Anstrich zu verpassen. Die ganze Stadt Duisburg hat mit dieser Fläche die einmalige Chance Vorreiter für eine soziale, ökologische und demokratische Flächenentwicklung zu sein. Packen wir es gemeinsam an und schaffen wir ‚Ein Viertel für alle!‘“

## **LINKE für ein Umdenken beim ÖPNV**

**PM vom 17.06.2019**

DIE LINKE unterstützt die Forderung der SPD nach kostenfreiem ÖPNV-Angebot für Jugendliche. Wünschenswert wäre allerdings ein vernünftiges Gesamtkonzept für den ÖPNV sowie eine Abschaffung der Kriminalisierung von Schwarzfahrern.

Hierzu erklärt Herbert Fürmann, Verkehrsexperte der Linksfraktion Duisburg: „Wir finden es super, dass die SPD in der Landtagsopposition sich unserer Forderung nach einem kostenlosen Nahverkehr anschließt. Allerdings müssen wir einen Schritt weiter gehen. Wir brauchen ein Konzept, das den gesamten ÖPNV auf neue Beine stellt. Der ÖPNV muss kostenlos für alle Menschen zur Verfügung gestellt werden. Es gibt hierbei verschiedene Finanzierungsmodelle wie die Umlage- oder Steuerfinanzierung. Gerade in Bezug auf die Eindämmung des Klimawandels spielt der Ausbau des ÖPNV eine wichtige Rolle. Wir brauchen ein flächendeckendes und dicht getaktetes ÖPNV-Netz, das so attraktiv ist, dass das Auto stehen gelassen wird. Vor diesem Hintergrund ist der Vorschlag der SPD gut gemeint, reicht aber bei weitem nicht aus.“

DIE LINKE kritisiert, dass wer Bus und Bahn ohne Ticket nutzt, ausnahmslos zu dem erhöhten Beförderungsentgelt von 60 € herangezogen wird. Dies ist bei Menschen unter 18 Jahren rechtlich höchst fragwürdig, weil die Forderung gegen den Minderjährigenschutz im Vertragsrecht verstößt. Mehrere Gerichte haben dies bereits vor langer Zeit entschieden (AG Bonn 4 C 521/08; AG Wuppertal 35 C 376/08). Trotzdem halten DVG und VRR an dieser Praxis fest.

Herbert Fürmann fordert in diesem Zusammenhang: „Das muss endlich aufhören! Es ist halberzig, wenn die SPD nicht ihre noch vorhandenen Einflussmöglichkeiten nutzt, um sofort und konkret Veränderungen für die Betroffenen zu erreichen. 60 € Vertragsstrafe für ein vergessenes Ticket sind für einen Schüler vom Taschengeld nicht bezahlbar. Oft kommen dann noch Mahn- und Inkassokosten dazu. Die Eltern zahlen dann für ein einmaliges Schwarzfahren ihres

Nachwuchses über 100 €, für Geringverdiener eine unzumutbare Belastung. Leider gehen die Betroffenen aus Unkenntnis nicht dagegen vor. Daher fordern wir, dass Schwarzfahren (in allen Altersgruppen) endlich entkriminalisiert werden muss und dem Falschparken gleichgestellt wird: als Ordnungswidrigkeit.“

## **LINKE fordert sofortiges Abholen des Laubes der erkrankten Platanen**

**PM vom 14.06.2019**

Die Platanenwelke, eine Pilzerkrankung, die momentan viele Platanen befällt, sorgt für Unmut bei vielen Bürger\*innen in Duisburg.

Hierzu erklärt Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion DIE LINKE. Duisburg: „Der Pilzbefall sorgt dafür, dass viele Bäume ihre Blätter verlieren. Für die Bäume ist dies erfreulicherweise nicht bedrohlich, es belastet allerdings die Duisburgerinnen und Duisburger enorm. Die Blätter liegen auf der Straße und in den Regenrinnen. Die Stadt überlässt die Beseitigung allein den Bürger\*innen. Dazu kommt, dass die Sporen der Pilze eingeatmet werden können und es zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen kommt. Es ist die Aufgabe der Stadt in solchen Ausnahmesituationen einzugreifen und zum Wohle der Bürger\*innen zu agieren. Vor diesem Hintergrund beantragt unsere Fraktion, dass die Wirtschaftsbetriebe Duisburg unmittelbar damit beauftragt werden, das Laub der befallenen Bäume schnellstmöglich abzuholen und zu entsorgen. Es muss möglich sein, dass die stadt eigenen Wirtschaftsbetriebe unbürokratisch auf unvorhersehbare Sondersituationen reagieren. Falls dies nicht machbar sein sollte, müssen unsere Wirtschaftsbetriebe finanziell und personell in die Lage versetzt werden handlungsfähig zu sein, weil u.a. auch aufgrund der Prognosen des Deutschen Wetterdienstes in den kommenden Jahren mit außergewöhnlichen Wetterlagen wie Starkregen und Sturm vermehrt gerechnet werden muss.“

## **LINKE fordert zügige Umsetzung der Dortmunder Erklärung**

**PM vom 12.06.2019**

Unter dem Motto "Zusammenhalten in unseren Städten" fand vom 04. bis 06. Juni 2019 in Dortmund die 40 Hauptversammlung des Deutschen Städtetages statt.

Zu Gast waren zahlreiche kommunale Spitzenpolitiker\*innen sowie Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Aus Duisburg waren von der Ratsfraktion DIE LINKE Bürgermeister Erkan Kocalar sowie Ratsfrau Carmen Hornung-Jahn vertreten.

Als Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages war Erkan Kocalar an der Erarbeitung der "Dortmunder Erklärung" beteiligt, die am 06.06.2019 in der Hauptversammlung von den Delegierten verabschiedet wurde. Schwerpunkte des Positionspapiers des Deutschen Städtetages waren diesmal nachhaltige Mobilität, Klimaschutz, Digitalisierung und bezahlbares



Wohnen. Erkan Kocalar dazu: "Die Städte stehen angesichts des Klimawandels, der zunehmenden sozialen Spaltung, der notwendigen Verkehrswende, der Wohnungsknappheit oder der Digitalisierung vor immensen Herausforderungen. Mit der Dortmunder Erklärung stellt sich der Deutsche Städtetag den Herausforderungen und versucht angemessene Antworten zu finden. Wir freuen uns, dass wir klar linke Forderungen in die Dortmunder Erklärung einbringen konnten. Dazu gehört, dass die Verkehrswende endlich konsequent vorangetrieben werden muss. Notwendig ist der Um- und Ausbau der Fußgänger-, Fahrrad- und ÖPNV-Mobilität. Die soziale Wohnraumförderung muss gestärkt und eine nachhaltige, gemeinwohlorientierte Bodenpolitik verfolgt werden."

Erkan Kocalar hebt hervor, dass eine zentrale Forderung des Papiers eine gesicherte kommunale Finanzausstattung beinhaltet, damit die Städte wieder Gestaltungsspielräume erlangen und ihren Investitionsstau abbauen könnten. Weiterhin stehe der Bund in der Pflicht die verschuldeten Städte wie Duisburg durch ein Entschuldungsprogramm zu unterstützen.

An der alle zwei Jahre stattfindenden Jahreshauptversammlung nahmen 1.300 Delegierte und Gäste teil. Der Deutsche Städtetag als Kommunalen Spitzenverband ist ein freiwilliger Zusammenschluss von ca. 3.400 von kreisfreien und kreisangehörigen Städten in Deutschland, der die Interessen von 52 Millionen Menschen gegenüber Bundesregierung, Bundestag, Bundesrat, Europäischer Union vertritt.

# MAI 2019

## Linke fordert Investitionspakt für Duisburg

**PM 27.05.2019**

Die Linke begrüßt den Vorstoß der SPD, die Mittel für die Verkehrsinfrastruktur zu erhöhen. Gleichzeitig weist sie aber die Forderung der Sozialdemokraten nach einer Erhöhung des Straßenunterhaltungsbudgets um lediglich eine weitere Million Euro als völlig unzureichend zurück. Bereits im letzten Jahr wurde eine Aufstockung um eine Million verabschiedet. Martina Ammann-Hilberath bezieht deutlich Stellung dazu und erklärt: „Jahr für Jahr verschlechtert sich der Zustand der Straßen. Der Sanierungsbedarf des Duisburger Straßennetzes beläuft sich laut der Verwaltung auf eine Anfrage unserer Fraktion aus dem Jahr 2017 auf 280 Millionen Euro. Noch nicht eingerechnet ist hier der Investitionsstau der Brücken, der ebenfalls in einem dreistelligen Millionenbereich liegen dürfte. Allein von 2012 bis 2017 ist das Infrastrukturvermögen, gemeint ist damit das Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen, von 837 Mio. Euro auf 732 Mio. zurückgegangen. Damit hat sich innerhalb von fünf Jahren das Verkehrsinfrastrukturvermögen in Duisburg um 14 % verringert. Die Stadt fährt hier aufgrund von unterlassenen Investitionen seit Jahren auf Verschleiß. Von daher gehört die Forderung nach einer minimalen Erhöhung der Mittel für den Straßenbau durch die SPD gemessen am tatsächlichen Bedarf in die Kategorie Schaufensterpolitik und löst nicht einmal im Ansatz die Probleme.“

Auch für die CDU hat Die Linke nur Kopfschütteln übrig. Martina Ammann-Hilberath dazu: „Aufgabe der Politik ist nicht das Zählen von Schlaglöchern, sondern politische Entscheidungen für

eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur (Sanierung von Straßen) zu treffen. Es stellt sich die Frage, ob sich SPD und CDU im Stadtrat ihrer Verantwortung bewusst sind. Immerhin ist die Stadt Duisburg als Logistikstandort zwingend auf eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Und auch für die Bürger\*innen werden die Straßen in Duisburg immer mehr zu einer Zumutung und einem ständigen Ärgernis.“

Ammann-Hilberath warnt daher: „Mittlerweile ist ein Investitionsstau in einem Ausmaß entstanden, der die Funktionstüchtigkeit der Infrastruktur infrage stellt und selbst bei sofortigem Umsteuern schon jetzt kaum mehr abgebaut werden kann. Es ist abzusehen, dass sich der Verfall der Infrastruktur auch in den nächsten Jahren fortsetzen wird, wenn die Politik nicht umgehend Antworten findet. Daher fordern wir alle Fraktionen im Rat auf, angemessen auf die Investitionskrise zu reagieren und gemeinsam Lösungen für einen Investitionspakt für Duisburg zu finden.“

Die Linke schätzt, dass sich der Investitionsstau im Bereich Straßen, Brücken, Schulen, öffentlichen Gebäuden und der Stadtbahn in Duisburg auf mittlerweile unvorstellbare 2 Milliarden Euro beläuft.

## **DIE LINKE verurteilt ruinösen Steuerwettbewerb**

**PM vom 15.05.2019**

DIE LINKE kritisiert das Vorgehen des Bürgermeisters von Langenfeld, Frank Schneider, Unternehmen aus den umliegenden Kommunen offensiv mit niedrigen Gewerbesteuer-Hebesätzen abzuwerben.

Dazu erklärt die Fraktionsvorsitzende Martina Ammann-Hilberath: „Wichtig ist, jetzt herauszufinden, ob auch Unternehmen aus Duisburg von Frank Schneider angeschrieben wurden. Wir erwarten vom Oberbürgermeister Sören Link, dass er klar Stellung bezieht und mit dem Langenfelder Bürgermeister Kontakt aufnimmt, um seine Missbilligung gegenüber dieser unsolidarischen Vorgehensweise zum Ausdruck zu bringen.“

Seit Jahren beobachten wir, dass sich die soziale Spaltung innerhalb der Städte vergrößert. Gleichzeitig nehmen aber auch die Disparitäten zwischen den Kommunen zu. Auf der einen Seite Ruhrgebietskommunen, die durch den Strukturwandel hoch verschuldet sind und aufgrund der erzwungenen Haushaltskonsolidierungspolitik Steuern erhöhen und soziale Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger einschränken müssen. Und auf der anderen Seite schuldenfreie Kommunen wie Düsseldorf, Monheim und Langenfeld, die ihre Infrastruktur ausbauen und Steuern senken, um Wettbewerbsvorteile um Unternehmen und Einwohner zu erlangen. Die Folge ist ein Teufelskreislauf bei dem die Abstände zwischen reichen und armen Kommunen immer weiter zunehmen.

Eine Stadt ist kein Unternehmen und sollte nicht der Konkurrenzlogik unterworfen werden. Oberstes Ziel von Stadtpolitik sollte die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sein und nicht der Wettbewerb der Städte, der unweigerlich zu Gewinnern und Verlierern führt. Dieses rücksichtslose und egoistische Wettbewerbsdenken zwischen den Kommunen bedroht den sozialen Zusammenhalt. Darüber hinaus wird die Steuerbasis des Staates untergraben, was wiederum

zu Leistungseinschränkungen und zusätzlichen Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger führt.“



## **DIE LINKE lädt zur Bürgersprechstunde ein**

**PM vom 08.05.2019**

Am 09. Mai bietet Die LINKE ab 17:30 Uhr im Ratskeller Hamborn auf der Duisburger Str. 213 in 47166 Duisburg eine Bürgersprechstunde an. Die Hamborner Ratsfrau Carmen Hornung-Jahn und der Meidericher Ratsherr Binali Demir kümmern sich um die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger. „Wir freuen uns auf Anregungen und interessante Gespräche mit den Bürgerinnen und Bürger aus dem Duisburger Norden“, so Ratsfrau Hornung-Jahn. Demir ergänzt: „Wir werden uns verantwortungsbewusst um Lösungen für vorgetragene Probleme kümmern.“

Im Anschluss an die Bürgersprechstunde gibt es eine offene gemeinsame Sitzung der Ortsvereine nördlich der Ruhr. Dabei steht unter anderem die Europawahl auf der Tagesordnung.



## **DIE LINKE ist fassungslos über Ausmaß des Skandals bei der WfbM**

**PM vom 06.05.2019**

DIE LINKE ist entsetzt über die maßlose Selbstbereicherung und die Skrupellosigkeit der ehemaligen Geschäftsführerin der WfbM Roselyn Rogg.

Hierzu erklärt Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion DIE LINKE.Duisburg: „Ein Skandal solchen Ausmaßes macht uns fassungslos. Die auch der Presse zu entnehmenden Details lesen sich wie das Skript zu einem schlechten Film. Frau Rogg hat sich auf schamloseste Art und Weise selbst bereichert. Und dies mit dem Geld einer gemeinnützigen GmbH. All das Geld, das sie für Luxusgüter, völlig überzogenes Gehalt, Champagner-Gelage etc. verwendet hat, ist Geld, welches den Mitarbeiter\*innen mit Behinderung in der Werkstatt zugestanden hätte. Das Verhalten von Frau Rogg ist ein Schlag ins Gesicht der Beschäftigten der Werkstatt. Diese augenscheinlich kriminellen Handlungen wurden vom Aufsichtsratsvorsitzenden Reinhold Spaniel dann auch noch mitgetragen bzw. stillschweigend akzeptiert.“

Neben der Verantwortlichkeit der beiden angesprochenen Personen stellt sich allerdings auch die Frage nach der Rolle der anderen Aufsichtsratsmitglieder. Horrende Rechnungen für Luxusmöbel, teure Übernachtungen etc. müssen einem Aufsichtsrat auffallen. Ganz zu schweigen davon, dass es anscheinend Aufsichtsratssitzungen gab, bei denen in kürzester Zeit teuerste alkoholische Getränke und hochpreisige Menues konsumiert wurden. Jedem Aufsichtsratsmitglied mit ein bisschen Menschenverstand müsste klar sein, dass sich ein solches Verhalten nicht gehört und dies für einen Aufsichtsrat einer gemeinnützigen GmbH nicht akzeptabel ist. Außerdem wird berichtet, dass die ehemalige Geschäftsführerin die Aufsichtsratsmitglieder mit teuren Geschenken bedacht hat. Auch in diesen Fällen stellt sich die Frage, in wie weit die Aufsichtsratsmitglieder hierdurch beeinflusst wurden. DIE LINKE fordert eine lückenlose Aufklärung aller Vorgänge und verlangt, dass die Rolle aller Beteiligten bis ins Detail aufgearbeitet

wird. Dies betrifft in erster Linie die Personen Rogg und Spaniel, jedoch ebenso jedes einzelne Mitglieder des Aufsichtsrates.

Darüber hinaus ist es für die Zukunft wichtig Maßnahmen zu treffen, damit sich derartige Vorfälle nie mehr wiederholen. Das Vertrauen der Werkstattbeschäftigten in ihre Betriebsleitung ist absolut zerstört worden und muss nun mühsam wieder aufgebaut werden. DIE LINKE unterstützt die Empfehlung der Rechnungsprüfer zur Installation von Prokuristen, um weitere Alleingänge zu verhindern. Darüber hinaus ist es uns ein wichtiges Anliegen, dass die zukünftige Geschäftsführung nicht ausschließlich betriebswirtschaftlich geprägt ist, sondern sich auf den Kernbereich der Arbeit mit Menschen mit Behinderung fokussiert. Jegliche Extravaganzen und Showeinlagen sind zu vermeiden. Es muss für die Zukunft darum gehen, den Menschen mit Behinderung ein gutes Arbeitsumfeld und angemessene Arbeitsbedingungen zu ermöglichen sowie sie für den regulären Arbeitsmarkt zu qualifizieren.

Abschließend fordert DIE LINKE alle Parteien dazu auf, in einen Diskurs über die faire Entlohnung von Beschäftigten in Werkstätten einzutreten. Denn die unterirdische Bezahlung, die momentan stattfindet, ist für uns ebenfalls ein unglaublicher Skandal.“

# APRIL 2019

## **Resolution gegen die Aberkennung der Gemeinnützigkeit der VVN-BdA**

**PM vom 30.04.2019**

Die Ratsfraktion DIE LINKE. Duisburg bringt mit der Fraktion der Grünen für die kommende Ratssitzung eine Resolution gegen die Aberkennung der Gemeinnützigkeit der VVN-BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten) ein. Es war der Presse und auch der VVN-BdA selbst zu entnehmen, dass der Organisation die Gemeinnützigkeit entzogen werden soll.

Hierzu erklärt Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion DIE LINKE. Duisburg: „Der Entzug der Gemeinnützigkeit der VVN-BdA hätte gravierende Folgen für die Organisation. Durch die erhebliche Einschränkung der finanziellen Mittel wären die Arbeitsmöglichkeiten deutlich begrenzt und das Ansehen der VVN-BdA wäre darüber hinaus langfristig beschädigt.

Insbesondere vor dem Hintergrund der langjährigen negativen Erfahrung mit den Demonstrationen der rassistischen Pegida-Bewegung und jetzt ganz aktuell mit der geplanten Demonstration der rechtsradikalen Partei Die Rechte, sollte Duisburg ein deutliches Zeichen gegen rechts und gegen die Beschneidung der Handlungsfähigkeit der VVN-BdA setzen.

Die Mitglieder der VVN-BdA sind u.a. die letzten Überlebenden Opfer des nationalsozialistischen Regimes und haben über Jahrzehnte immer wieder Zeugnis über die Gräueltaten der

Nazis abgelegt. Gedenkveranstaltungen wie Erinnerungsarbeit mit Jugendlichen sind undenkbar ohne sie. Sie gehören zu den letzten lebenden Zeitzeugen, die jungen Menschen die Folgen von rechtsextremer und fremdenfeindlicher Politik anschaulich darstellen können. Zusammen mit den inzwischen über 200 Stolpersteinen in Duisburg, die an die getöteten Opfer des Nazi-Regimes erinnern und den verschiedenen Mahnmalen in Duisburg, waren und sind die Mitglieder der VVN-BdA unverzichtbar für das Weitergeben von Erfahrungen, die Menschen nie wieder machen sollen.

Der Rat der Stadt Duisburg sollte größten Wert darauf legen, dass die Zeit der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft Teil eines kollektiven gesellschaftlichen Gedächtnisses bleibt. Er sollte zum Ausdruck bringen, dass er keinerlei Verständnis für eine Maßnahme hat, die die demokratische und humane Erinnerungskultur unserer Stadt beschädigt.

Aus diesem Grund soll der Rat der Stadt Duisburg die Landesregierung dazu auffordern, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Gemeinnützigkeit für die VVN-BdA beizubehalten.“

## **Tag des Baumes: LINKE fordert mehr Baumschutz und mehr Bäume**

**Anlässlich des Tages des Baumes erneuert DIE LINKE. ihre Forderung nach einer Baumschutzsatzung.**

**PM 25.04.2019**

„Alle Welt redet davon, wie wichtig Bäume für das Klima und für die Städte sind. Nur wird in Duisburg in den Gremien kaum über Bäume geredet. Die Stadt selbst geht wenig sorgsam mit den Bäumen um“, meint Lukas Hirtz, umweltpolitischer Sprecher der Duisburger Linksfraktion. „Vor circa einem Jahr hat der Umweltausschuss mit den Stimmen von SPD, CDU und Junges Duisburg beschlossen, sich nicht mit den Fällungen städtischer Bäume befassen zu wollen. Sehr symbolisch für den Stellenwert der Bäume in der Duisburger Stadtpolitik. Ebenso wie die Asphalt-Wüste auf der Friedrich-Wilhelm-Straße symbolisch ist, für die Rücksichtslosigkeit bei Bauprojekten. Es ist notwendig, dass die Menschen dieser Stadt besonders SPD und CDU immer wieder deutlich machen, wie wichtig Bäume sind. Bäume schützen uns, wir sollten auch die Bäume schützen. Und wir brauchen mehr Bäume, insbesondere Straßenbäume. Das Straßenbaumkonzept wurde nur zur Hälfte umgesetzt. Mittlerweile ist die Umsetzung gar nicht mehr messbar, wegen des Personalmangels im Umweltbereich.“

„Die entscheidendste Stellschraube im kommunalen Baumschutz wäre eine Baumschutzsatzung“, ergänzt Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion. „Deswegen haben wir am Tag des Baumes einen Antrag an den Rat gestellt, der darauf abzielt, dass Duisburg eine neue Baumschutzsatzung erhält. Die Argumentation von SPD und CDU, dass die Bürgerinnen und Bürger sorgsam mit Bäumen umgehen, geht ins Leere: Es sind vor Allem Unternehmen und die Stadt selbst, die wahrscheinlich aus Kostengründen Bäume massenhaft fällen lassen. Es dauert Jahrzehnte bis ein junger Baum die biologische Funktion aufbaut, die ein alter Baum hat. Insbesondere vor einem möglicherweise weiteren trockenen Sommer sind Bäume in der Stadt wichtig. Hier gilt es, gerade die ausgewachsenen Bäume zu schützen.“



## LINKE kritisiert konzeptloses Handeln der Stadtspitze

PM vom 09.04.2019

Die Zwangsräumungen der städtischen Task Force in der Rudolfstraße am 03.04.19 haben wieder einmal die Debatte um Wohnungsräumungen angeheizt.

Hierzu erklärt Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion Duisburg: „DIE LINKE hat sowohl bei den Räumungen in der Husemannstraße als auch bei denen in der Rudolfstraße immer deutlich gemacht, dass für uns die Gesundheit und die Sicherheit der Bewohner\*innen höchste Priorität hat. Im Falle gravierender Brandschutzmängel und/oder hygienisch gefährlichen Zuständen kann eine Räumung unumgänglich sein. Das streiten wir als LINKE nicht ab. Ebenso halten wir das konsequente Vorgehen gegen die Machenschaften der kriminellen Vermieter für dringend erforderlich, die die schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft skrupellos ausbeuten.

Was wir allerdings mit Nachdruck kritisieren, ist die Vorgehensweise der Task Force und das völlig konzeptlose Handeln der Stadtspitze. Um Handlungsfähigkeit zu suggerieren, werden Menschen in rücksichtsloser Art und Weise aus ihren Wohnungen geholt, um sie dann vor die Möglichkeit zu stellen entweder in unwürdigen Massenunterkünften zu verbleiben, in die Obdachlosigkeit zu fallen oder wieder in die Fänge der gleichen kriminellen Vermieter zu gelangen. Wir teilen die Stellungnahme der Duisburger Wohlfahrtsverbände, die unmittelbar nach der Räumung der Wohnungen die Vorgehensweise der Verwaltung als planlosen Aktionismus kritisiert hat.

Vor dem Hintergrund, dass sowohl Migranten\*innen und Rentner\*innen mit kleinen Mieten als auch Hartz IV-Empfänger und Menschen mit niedrigem Einkommen am freien Wohnungsmarkt diskriminiert werden, bedarf es eines Konzeptes, um zu verhindern, dass die Betroffenen immer wieder in Schrottimmobilien landen.

Entgegen aller Verlautbarungen aus der Politik und der Verwaltung fehlt in Duisburg guter und bezahlbarer Wohnraum. Laut Daten der Hans-Böckler-Stiftung fehlen in Duisburg knapp 30.000 erschwingliche Wohnungen. Großunternehmen wie Vonovia oder LEG treiben zum Zwecke hoher Renditen die Mietpreise immer weiter nach oben. Der Verweis auf die vergleichsweise niedrigen Mieten in Duisburg ist nicht angebracht, da Duisburg eine der Städte in NRW mit dem niedrigsten Durchschnittseinkommen ist und die Vielzahl an Schrottimmobilien z.B. in Marxloh oder Hochfeld die Durchschnittsmiete absenkt. Tatsächlich steigen die Mieten seit Jahren auch in Duisburg deutlich an.

DIE LINKE fordert daher zunächst ein Konzept von der Stadt, um ggfs. notwendige Räumungen planvoll und menschenwürdig durchzuführen. Darüber hinaus muss die Gebag als städtisches Wohnungsunternehmen deutlich gestärkt werden und mehr guten und erschwinglichen Wohnraum auf den Markt bringen, um den benachteiligten Gruppen menschenwürdiges Wohnen zu ermöglichen.

Auch auf Landes- und Bundesebene muss über die Enteignung großer Wohnungsunternehmen nachgedacht werden, um die steigende Preisspirale zu stoppen und den Wohnungsmarkt wieder an den Interessen des Gemeinwohls und nicht den Kapitalinteressen zu orientieren.“



## **LINKE kritisiert lange Schulwege und Verschwendung von Steuergeldern**

**PM 08.04.2019**

Wie die Verwaltung auf eine Anfrage der Linksfraktion mitteilt, setzt die Stadt Duisburg zurzeit 18 Buslinien zur Beförderung von 152 Schülern ein, die aufgrund von Schulraummangel nicht wohnortnah beschult werden können. Besonders brisant: Zum Teil benötigen die Schülerinnen und Schüler bis zu eine Stunde, um zur Schule zu gelangen. Barbara Laakmann, schulpolitische Sprecherin der Linksfraktion, kritisiert: „Es ist unakzeptabel, dass dutzende von Schüler\*innen bis zu zwei Stunden am Tag unterwegs sind, um zur Schule und wieder nach Hause zu gelangen. Dieser Zeitaufwand ist unzumutbar.“

Doch nicht nur der unverhältnismäßige zeitliche Aufwand für die Schülerinnen und Schüler ist der Linken ein Ärgernis. Zusätzlich kommen die Bustransfers Duisburg teuer zu stehen. Fraktionsvorsitzende Martina Ammann-Hilberath dazu: „Im Jahr 2018 hat die Stadt 2,9 Millionen Euro für private Bus- und Taxifahrten ausgegeben, um die Schülerinnen und Schüler an Schulen in andere Stadtteile oder Bezirke zu bringen. Innerhalb von nur drei Jahren sind die Kosten um eine Million Euro gestiegen. Statt Steuergelder mit vollen Händen zum Fenster rauszuwerfen, fordern wir neue Schulen in jedem Bezirk. Allein mit den zusätzlichen Ausgaben für die Bustransfers könnte innerhalb weniger Jahre eine neue Schule gebaut werden.“



## **Stadt ruft Fördermittel nicht ab**

**PM 08.04.2019**

Wie durch eine Anfrage der Ratsfraktion DIE LINKE im Schulausschuss nun bekannt wurde, hat die Stadt die LVR Inklusionspauschale in den vergangenen Schuljahren nicht beantragt. Begründet wird das Versäumnis seitens der Verwaltung damit, dass zwei von drei Stellen für die Inklusionskoordination längerfristig nicht besetzt und daher keine Kapazitäten zur Beantragung von Mitteln aus der LVR-Inklusionskostenpauschale vorhanden seien.

Mit der Inklusionspauschale unterstützt der LVR die Schulträger im Rheinland dabei, Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf den Besuch einer allgemeinen Schule zu ermöglichen. Mit der Pauschale wird die Finanzierung von baulichen und sächlichen Maßnahmen unterstützt, die im Einzelfall für den Besuch des Gemeinsamen Lernens notwendig sind, die Gesamtfördersumme beträgt 450.000 €.

Für die schulpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Barbara Laakmann, ein Unding: „Gerade für eine hochverschuldete Stadt wie Duisburg ist es umso wichtiger, dass wir alle Fördermittel einsetzen, um die Herausforderungen der Inklusion zu bewältigen. Wie so oft wird am verkehrten Ende und damit zu Lasten der Schülerinnen und Schüler gespart. An diesem Beispiel zeigen

sich die Folgen der verfehlten Personalpolitik der Stadtspitze. Wir fordern für alle Teilbereiche der Verwaltung deutlich mehr Personal für die Fördermittelakquise, damit nicht wieder über Jahre Fördermittel einfach liegengelassen werden, die dringend benötigt werden.“

## **Linksfraktion begrüßt #fridaysforfuture auch im Umweltausschuss**

**PM 05.04.2019**

„Es ist gut, dass die Jugend der behäbigen Politik Druck macht“, meint Lukas Hirtz, umweltpolitischer Sprecher der Linksfraktion. „Die Stadt entwirft ab und zu kleine Plänchen, die auf Freiwilligkeit beruhen, deren Umsetzung dementsprechend bescheiden ist. Es fehlt sowohl in Duisburg als auch auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene schlicht der politische Wille. In Duisburg wird seit Jahren der Umweltbereich zusammengekürzt. Im Umweltamt ist der Personalmangel dramatisch. Gleichzeitig lässt die Stadt eine Million Euro genehmigter Ausgaben verfallen. Die Umwelttage sind mit zahnlosen Selbstmach-Themen besetzt und das Klimakonzept ist nicht nachhaltig, weder inhaltlich noch finanziell. Es ist genau richtig, dass die Schüler\*innen am Freitag dem Umweltausschuss Ansagen machen werden. Und ihre Zweifel, wofür sie lernen sollten, wenn die derzeitige Politik die Lebensgrundlagen der Menschheit nachhaltig zerstört, sind mehr als berechtigt. Demokratische Teilnahme und ziviles Engagement haben sie schon gelernt.“

Am Freitag, den 5.4. wird #fridaysforfuture in Duisburg vor dem Umweltausschuss protestieren und auch im Umweltausschuss reden dürfen.

„Es ist heuchlerisch, wenn die bürgerlichen Parteien nun verpassten Unterricht bemängeln“, ergänzt Barbara Laakmann, schulpolitische Sprecherin der Linksfraktion. „Mehr als jede zehnte Unterrichtsstunde wurde im letzten Schuljahr nicht planmäßig erteilt. SPD, CDU und FDP sollten erstmal ihre Hausaufgaben machen. Das heißt: Für genügend Lehrkräfte sorgen, für vernünftige Schulgebäude sorgen, für angemessene Ausstattung sorgen und ihre Versprechungen im Pariser Klimaabkommen umsetzen.“

# MÄRZ 2019

## **Martina Michels (MdEP für DIE LINKE) zu Besuch in Duisburg**

**PM vom 29.03.2019**

Martina Michels, Mitglied des Europäischen Parlamentes für DIE LINKE, war am Freitag, den 29.03.2019 in Duisburg und hat sich vor Ort in Hochfeld über die Situation des Stadtteils informiert. Michels ist Mitglied im Ausschuss für regionale Entwicklung für die Delegation DIE LINKE in der GUE/NGL-Fraktion im EU-Parlament und Expertin für Struktur- und Förderpolitik.



Zu ihrem Besuch in Duisburg erklärt sie: „Wir hatten das Glück, dass wir von der Entwicklungsgesellschaft Duisburg (EG DU) einen sehr anschaulichen Einblick in die besonderen Bedingungen und Herausforderungen des Stadtteils Hochfeld erhalten haben. Das Engagement der EG DU vor Ort ist bemerkenswert und wir unterstützen die Projekte auf EU-Ebene mit voller Kraft. An den Beispielen wie dem Jugendzentrum Blaues Haus, dem Rheinpark Duisburg oder dem Familienzentrum Immendal wird deutlich, dass die Fördergelder der EU hier dringend benötigt und sinnvoll eingesetzt werden. An der Stelle zeigt sich, dass die EU-Fördermittel helfen und wichtig für strukturschwache Stadtteile sind. Die Entwicklungen und Ideen in Hochfeld überzeugen uns auch nochmals davon, bei der Neuausrichtung der EFRE-Mittel den Weg für eine Vereinfachung der Förderrichtlinien und einen klaren Vorrang für eine sozial-ökologische Ausrichtung zu ebnen.“

Hochfeld ist der ärmste Stadtteil Duisburgs mit vielfältigen Problemlagen. Es herrscht beispielsweise ein enormer Bedarf an neuem Schulraum, zeitgemäßen Sport- und Freizeitmöglichkeiten sowie einer adäquaten Gesundheitsversorgung.

Dazu ergänzt Michels: „Bei unserem Rundgang durch Hochfeld ist uns natürlich auch wieder vor Augen geführt worden, dass es noch viele Problemlagen mit riesigem Handlungsbedarf gibt, die auch durch den guten Einsatz der EU-Fördermittel nicht gelöst werden können. Viele Fehlentwicklungen, wie z.B. der mangelhafte oder nicht vorhandene Schulraum können nicht von Brüssel aus gelöst werden. Hier ist die Landesregierung in NRW in die Verantwortung zu nehmen. Sie ist verantwortlich für eine angemessene Beschulung der Kinder zu sorgen und wir dürfen sie an dieser Stelle nicht so einfach aus der Verantwortung entlassen.“

Martina Michels hat sich im Zuge ihres Besuchs in Duisburg auch mit der Ratsfraktion DIE LINKE. Duisburg getroffen und über die Zusammenhänge von europäischer und Kommunalpolitik diskutiert.

Hierzu erklärt Michels: „Wieder einmal ist deutlich geworden, dass es eine viel intensivere Vernetzung zwischen der europäischen und kommunalen Ebene geben muss. Bei ihrem tollen Engagement werden wir aus dem Europäischen Parlament alles versuchen, die Arbeit der Ratsfraktion DIE LINKE. Duisburg zu unterstützen. Vor allem auch deshalb, da Europa vor Ort ein Gesicht bekommt und von den engagierten Menschen in der Kommune lebt.“



## **„Prachtboulevard eher ein Trauerspiel“**

### **LINKE bemängelt Baumfällungen auf der Friedrich-Wilhelm-Straße**

**PM vom 22.03.2019**

„Nun zeigt sich den Besuchern der Stadt wovor wir schon frühzeitig gewarnt haben: Die Friedrich-Wilhelm-Straße ist eine öde Betonwüste geworden“, erklärt Lukas Hirtz, Mitglied im Umweltausschuss der Stadt. „Wir hätten uns gewünscht dass die alten und prachtvollen Bäume erhalten bleiben. Die Wege hätten auch um die Bäume herumgeführt werden können. Viele Bäume mussten auch Parkplätzen weichen. So wird die Friedrich-Wilhelm-Straße nicht wie versprochen eine Prachtboulevard, sondern im Gegenteil eine Trauermeile, die nicht zum Verweilen oder Flanieren einlädt. Denn Shopping macht ungeschützt vor Wind und Wetter, bzw. in brutaler Hitze in einer Parkplatzatmosphäre keinen Spaß.“

Für die Umgestaltung der Friedrich-Wilhelm-Straße wurden die bisherigen Bäume gefällt und sollen durch junge Bäume ersetzt werden. Deswegen hatte DIE LINKE. diese Planungen abgelehnt.

„Die neuen Bäume werden aufgereiht mit ähnlich ökologischer Funktion wie Zinnsoldaten“, meint Lukas Hirtz, umweltpolitischer Sprecher der Linksfraktion. „Es dauert Jahrzehnte bis junge Bäume die ökologischen Funktionen der alten Bäume übernehmen. So hat die baummissachtende Stadtplanung die Friedrich-Wilhelm-Straße auf Jahrzehnte zu einer gefährlichen Ödnis gemacht: Denn besonders in solchen Innenstadtlagen kann sich die Straße besonders schnell aufheizen und zu einem Hitze-hot-spot werden, der für Menschen mit schwachem Herzen gefährlich werden kann. Die kleinen Bäumchen können weder genügend Schatten oder Verdunstungsleistung schaffen um zu kühlen, noch können sie die Luftreinigungsfunktionen ersetzen. Wir brauchen dringendst ein baumfreundliches Umdenken in der Stadtplanung.“

## FEBRUAR 2019

### Linke übt deutliche Kritik an Gründung einer Infrastrukturgesellschaft

**PM 26.02.2019**

Gegen die Stimmen der Linken beschloss der Rat am Montag die Gründung der Duisburger Infrastrukturgesellschaft mbH (DIG). Zukünftig wird die Stadt gemeinsam mit der Hafen Duisburg AG Verkehrsinfrastrukturprojekte in Duisburg umsetzen.

Die Linksfraktion hatte einen eigenen Antrag in den Rat eingebracht, der weitergehenden Privatisierungsplänen bei der Umsetzung von Infrastrukturprojekten entgegenwirken sollte.

Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion, dazu: „Wir lehnen die Auslagerung öffentlicher Aufgaben in eine Gesellschaft mit privater Rechtsform ab. Die Aufnahme von Krediten ist bei einer GmbH teurer als durch die öffentliche Hand, Privatisierungen bedeuten immer auch Verlust von Knowhow und Fachwissen in der Verwaltung und eine Zunahme von prekären Beschäftigungsverhältnissen. Kritisch sehen wir weiterhin, dass mit der Auslagerung ein Verlust von demokratischer Kontrolle verbunden ist.“

Die Linke sieht die Gefahr, dass die Gründung der DIG nur der erste Schritt zu einer weitergehenden Privatisierung ist und die Gesellschaft in Zukunft ÖPP-Projekte umsetzen könnte. Ammann-Hilberath weiter: „Die Erklärungen des Kämmerers, Martin Murrack, das ÖPP-Projekte durch die Infrastrukturgesellschaft der Zustimmung des Rates bedürfen, überzeugt uns nicht. Im Gegenteil, wir sehen uns in unserer Befürchtung bestätigt, dass hier die Voraussetzungen für zukünftige ÖPP-Projekte geschaffen werden sollen. Umso mehr bedauern wir es, dass alle mit Rat vertretenen Fraktionen unseren Antrag ablehnten und damit die Chance vertan wurde, eine wirksame Privatisierungsbremse einzuführen.“

Die LINKE hatte in ihrem Antrag unter anderem gefordert, dass sich die DIG dazu verpflichtet auf ÖPP-Projekte zu verzichten. Deshalb sollte das Stammkapital dauerhaft auf max. 100.00 Euro festgesetzt werden, um dadurch kreditähnliche Rechtsverträge zu unterbinden. Darüber hinaus beantragte die Linke, dass die DIG sich dauerhaft dem Gemeinwohl verpflichtet und in unveräußerlichem Eigentum der Gesellschafter verbleibt. Weiterhin forderte die Linke, dass dem Rat eine Auflistung der angedachten Infrastrukturprojekte vorgelegt wird.

## **DIE LINKE lädt zur Bürgersprechstunde ein**

**PM vom 08.02.2019**

Am 14. Februar bietet Die LINKE ab 17:30 Uhr im Ratskeller Hamborn eine Bürgersprechstunde an. Die Hamborner Ratsfrau Carmen Hornung-Jahn und der Bezirksvertreter Herbert Fürmann kümmern sich um die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger. „Wir haben ein offenes Ohr für die Menschen aus dem Duisburger Norden, vornehmlich aus dem Bezirk Hamborn und wollen uns intensiv mit deren Problemen auseinandersetzen“, so Ratsfrau Hornung-Jahn. Fürmann ergänzt: „Wir versuchen, den Bürgerinnen und Bürgern Antworten zu geben und kümmern uns um die Anliegen, die uns vorgetragen werden.“

Im Anschluss an die Bürgersprechstunde gibt es eine offene gemeinsame Sitzung der Ortsvereine nördlich der Ruhr. Dabei stehen unter anderem der Sachstand zum A59 Tunnel und der Obermeidericher Wald auf der Tagesordnung.

## **Alleen: LINKE legt Konzept vor**

**Die Linke will mehr und nachhaltigere Alleen.**

**PM vom 05.02.2019**

„Laut einer Vorlage der Verwaltung, soll das in Arbeit befindliche Alleenkonzept dazu dienen, schneller Alleen zu fällen. Duisburg braucht aber mehr und nachhaltige Alleen“, so Lukas Hirtz, für DIE LINKE im Umweltausschuss. „Wir dagegen sind der Meinung, dass wir mehr Straßenbäume und Alleen brauchen: Sie sind nicht nur schön, sie erfüllen auch wichtige Funktionen für die Tierwelt. Ganz besonders wichtig sind Stadtalleen für das Mikroklima. Klar gesagt: Alleen machen Duisburg lebenswert. Mehr davon!“

Die Linke hat für den Umweltausschuss am Freitag den 8.2. einen Antrag vorgelegt, bei dem klare Forderungen an das neue Alleenkonzept gestellt werden.

„Die Bäume müssen nicht unbedingt wie Zinnsoldaten aufgereiht werden“, erklärt Hirtz weiter „wir haben mit Experten ein Konzept aufgelegt, bei dem Alleen dauerhaft gestaltet werden können, besser an die Umgebung angepasst sind und zur Artenvielfalt beitragen. So könnten an engeren Stellen etwa kleinere Bäume genutzt werden. Besonders würde uns eine Verwendung heimischer Obstarten freuen, die auch einen höheren Wert für die Tiere haben. Es soll auch darauf geachtet werden, dass regelmäßig blühende Bäume gepflanzt werden. Das erfreut Menschen und Insekten.“

## **Wohnen oder Erholen am Rhein-Herne-Kanal?**

## **PM vom 04.02.2019**

Das bei den Menschen in Obermeiderich als Naherholungsgebiet, Jogging-Terrain, Hundeauslauffläche etc. so beliebte Wäldchen am Rhein-Herne-Kanal soll sowohl in dem neuen Flächennutzungsplan als auch im jetzt anstehenden Regionalplan des RVR dem Projekt Wohnen am Rhein-Herne-Kanal weichen. Dazu meldet DIE LINKE Widerspruch an.

„Es kann doch nicht sein, dass angesichts deutlicher Anzeichen des Klimawandels mit extremen Hitzeperioden so unsensibel geplant wird. Zudem ist dieses Gebiet schon durch Umweltgifte wie Nickel stark vorbelastet“, meint Dr. Detlef Feldmann, Umweltmediziner a.D. und Bezirksvertreter der Linken in Meiderich/Beeck. „Eine Frischluftschneise, ein jahrzehntealter Wald, der Hitze mindernd und Feinstaub filternd wirkt, soll für Einfamilienhäuser geopfert werden. Wir halten das Naherholungsgebiet zur Aufrechterhaltung der Lebensqualität in Obermeiderich für wichtiger.“

Die Fraktion der Linken/Grünen in der Bezirksvertretung Meiderich-Beeck hat daher in der Sitzung am 31.1. den Antrag gestellt, die BV möge sich gegen dieses Vorhaben aussprechen.

Die CDU-Fraktion fand diesen Vorschlag immerhin bedenkenswert. Man einigte sich auf eine Sondersitzung zum Thema, die voraussichtlich am 18.2. stattfinden wird.

„Ein wichtiger Erfolg für Meiderich“, so Martin Kretschmer Ortsverbandssprecher der Linken in Meiderich. „Dass der Antrag Beachtung findet, zeigt doch nur, dass der kleine Wald von vielen Menschen, auch außerhalb der Linken, als sozialer Raum und als ökologisch wertvoll betrachtet wird. Nun sind wir auf die Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Menschen denen der Erhalt des Wäldchens am Herzen liegt, sollten ihren Bezirksvertretern dieses Anliegen nahe bringen.“

Das Umweltbündnisses „Intakt“ lädt zu diesem Thema zu einer Informations- und Diskussionsveranstaltung am Sonntag, den 10.2. in die Gastwirtschaft „Haus Laacks“ in der Bügelstraße 17.

# JANUAR 2019

## **◀ LINKE und Grüne fordern Schulkonzept**

### **PM vom 31.01.2019**

DIE LINKE beantragt im Schulausschuss gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Vorlage einer Planung zur zukünftigen Beschulung in Duisburg, vor dem Hintergrund der massiv gestiegenen Geburtenzahlen.

Hierzu erklärt Barbara Laakmann, schulpolitische Sprecherin der Linksfraktion Duisburg: „Die Geburtenzahlen in Duisburg sind in den letzten Jahren dramatisch gestiegen. Im Jahr 2016 wurden über 1000 Kinder mehr geboren als bspw. im Jahr 2012. Dies beinhaltet noch nicht den

etwaigen Zuzug von Flüchtlingen oder anderen Zuwanderern. Auf diese Entwicklung ist die Duisburger Schullandschaft nicht vorbereitet. Aussagen seitens der Verwaltung, dass die Kinder noch nicht morgen vor der Tür stehen werden, legen die Vermutung nahe, dass das Problem verdrängt wird und entsprechend auch keine konzeptvolle Planung in Angriff genommen wird. Die zusätzlichen 1000 Kinder drängen ab spätestens 2022 – also in nur drei Jahren – in die Grundschulen und entsprechend im Jahr 2026 in die weiterführenden Schulen.“

Schon jetzt leidet der Schulalltag unter überfüllten Schulen, Fachräumen die zu Klassenräumen umgewidmet wurden und unzähligen Containern, die zur Sicherung der Beschulung der Kinder aufgestellt wurden. Laut Verwaltungsvorlage können trotz dieser Maßnahmen ca. 160 Kinder in Duisburg gar nicht beschult werden.

Laakmann ergänzt: „Der Schulträger muss nun schnellstmöglich reagieren, um die schon jetzt unhaltbare Situation zu verbessern und für die Zukunft eine ordnungsgemäße Beschulung zu gewährleisten. Um die gestiegene Anzahl der Schülerinnen und Schüler in Zukunft bewältigen zu können bedarf es unbedingt des Neubaus von Grundschulen und weiterführenden Schulen – und zwar im ganzen Stadtgebiet. Eine konzeptvolle Planung, wie die Verwaltung gedenkt mit diesen Herausforderungen umzugehen, ist ein unabdingbarer erster wichtiger Schritt, den die Verwaltung schnellstmöglich gehen sollte.“

## ◀ **DIE LINKE fordert die Abschaffung der Straßenbaubeiträge**

**PM vom 25.01.2019**

DIE LINKE bringt in der kommenden Ratssitzung am 25.02.19 eine Resolution zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge ein.

Hierzu erklärt Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion DIE LINKE. Duisburg: „Straßen zu bauen oder diese wieder instand zu setzen, ist eine klassische Aufgabe der öffentlichen Hand. Ausgaben für den Straßenbau müssen grundsätzlich steuerfinanziert sein und nicht über Straßenbaubeiträge realisiert werden. Die Erhebung dieser Beiträge durch AnwohnerInnen ist zutiefst unsozial. AnliegerInnen die von teils horrenden Beiträgen betroffen sind, sehen oftmals keine Möglichkeit die anstehenden Beiträge zu zahlen.“

Allein in 2016 gab es in Duisburg 147 Widersprüche und 13 Klagen gegen die Bescheide der Stadt Duisburg. Immer mehr Bundesländer schaffen die Straßenbaubeiträge ab und auch in NRW mehren sich die Stimmen gegen die Beiträge.

Ammann-Hilberath ergänzt: „Es läuft seit einiger Zeit eine Unterschriftenaktion des Bundes der Steuerzahler gegen die Straßenbaubeiträge die schon von mehr als 250.000 Menschen unterzeichnet wurde. Da sich jetzt auch die NRW-SPD deutlich für die Abschaffung der Straßenbaubeiträge ausgesprochen hat und in einigen Kreisen wie beispielsweise in Wesel sich auch die CDU für die Abschaffung einsetzt, sehen wir jetzt die Notwendigkeit, den Druck auf die Landesregierung zu erhöhen.“

Die Landesregierung plant für 2019 mit einem Haushaltsüberschuss und die Gesamtsumme der Straßenbaubeiträge, die von den AnliegerInnen zu entrichten ist, ist im Verhältnis zum Gesamthaushalt des Landes niedrig (In Duisburg beliefen sich die Einnahmen in 2017 bspw. auf

900.000 €). Daher fordern wir den OB auf, dass er sich gegenüber der Landesregierung für eine Abschaffung der Straßenbaubeiträge einsetzen soll, um somit die Duisburgerinnen und Duisburger zu entlasten. Um die Mindereinnahmen auszugleichen, muss das Land die Kommunen mit zusätzlichen finanziellen Zuwendungen ausstatten.“



## **LINKE lädt zur Veranstaltung nach Hamborn ein**

**PM vom 24.01.2019**

DIE LINKE im Rat der Stadt Duisburg kommt mit der Veranstaltungsreihe „Fraktion vor Ort“ nach Hamborn, um über Sicherheit im Duisburger Norden zu diskutieren. Die Veranstaltung findet am Montag, den 28.01.2019 um 17 Uhr im Ratskeller Hamborn, Duisburger Str. 213, 47166 Duisburg statt.

Dazu erklärt Carmen Hornung-Jahn, sozialpolitische Sprecherin der Linksfraktion: „Sicherheit im öffentlichen wie privaten Raum ist ein Thema, das uns alle bewegt. Der Bereich Kriminalität wird seit einigen Jahren in Deutschland heiß diskutiert. Bei immer mehr Menschen steigt die Verunsicherung und gewisse Teile der Bevölkerung fühlen sich zunehmend bedroht.

Vor allen vom Duisburger Norden wird vielfach ein Bild gezeichnet, wonach die Stadtteile von Kriminalität und Verwahrlosung geprägt sind.

Ist die Sicherheitslage wirklich so bedrohlich, wie sie oftmals von den BürgerInnen wahrgenommen und in den Medien dargestellt wird?

Was sagen aktuelle Statistiken zu Einbrüchen, Diebstählen und anderen Delikten im Duisburger Norden? Wo liegen die Probleme und vor welchen Herausforderungen stehen Polizei und Kommunalpolitik?

Welche Maßnahmen und Projekte sind dazu geeignet, um Gefühle der Bedrohung und Unsicherheit bei den BürgerInnen zu reduzieren? Und welche Lösungsansätze bieten sich an, um die Situation vor Ort zu verbessern?

Diese und weitere Fragen wollen wir mit Siegfried Lantermann (Leiter der Polizeiinspektion Nord), Arno Suhr (Sozialarbeiter) und Carmen Hornung-Jahn (Mitglied im Rat der Stadt Duisburg für Die LINKE.) diskutieren.“



## **LINKE warnt: Schulpolitik fährt gegen die Wand**

**PM vom 22.01.2019**

DIE LINKE unterstützt die Forderungen des Bündnisses „Gute Schulen neu bauen“ und zeigt sich besorgt angesichts der Äußerungen aus der Verwaltung sowie von SPD und CDU.

„Wir erleben derzeit, dass Politik und Verwaltung die Duisburger Schullandschaft an die Wand fahren“, so die bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion Duisburg, Barbara Laakmann. DIE LINKE ist der Meinung, dass die Verantwortlichen einer Fehleinschätzung unterliegen, wenn

sie den Schulraumbedarf herunterspielen. Laakmann weiter: „Die Schulverwaltung versucht das Problem klein zu reden, indem sie behauptet, dass die Kinder nicht morgen vor der Tür stehen würden. Diese Verharmlosung ist unverantwortlich. Zur Wahrheit gehört nämlich auch, dass die Kinder zwar nicht morgen, aber schon in spätestens drei Jahren vor den Türen stehen werden. Bis dahin brauchen wir neue Schulen. Und zwar nicht nur zwei weiterführende Schulen, sondern in jedem Bezirk mindestens eine Grundschule. Wer die Verwaltungsabläufe kennt, weiß, wie ambitioniert das ist. Daher müssen wir jetzt handeln und dürfen nicht abwarten, bis die Kinder an überfüllten Schulen abgewiesen werden.“

Die 150 Millionen Euro Fördermittel von Bund und Land, die zurzeit nach Duisburg fließen, reichen bei weitem nicht aus, um den Bedarf zu decken und den Schülern ein angemessenes Lernumfeld zu ermöglichen. Diese Mittel können nur die schlimmsten Folgen abfedern. Allein der Finanzbedarf für Schulneubauten beträgt mehr als 500 Millionen Euro. Darüber hinaus sind weitere Finanzmittel im dreistelligen Millionenbereich notwendig für Sanierungen in die bestehende Schulinfrastruktur.

Jedes dritte Kind in Duisburg ist von Armut betroffen. Wir brauchen optimale Bedingungen in den Schulen, um den verhängnisvollen Kreislauf aus Armut und Arbeitslosigkeit zu durchbrechen. Dazu gehören: kleine Klassen, moderne Klassenräume und Lehrkräfte. Wir appellieren daher eindringlich an Politik und Verwaltung, jetzt die Weichen für den Bau von neuen Schulen zu stellen, damit die Schullandschaft Duisburg eine Zukunft hat.“

## DEZEMBER 2018

### **LINKE begrüßt Ankündigung von Gesprächen zwischen Stadt- sportbund und Stadt zur Verlängerung des Sportpaktes**

**PE vom 21.12.2018**

Zu der angekündigten Verlängerung des Sportpaktes erklärt Michael Dubielczyk, sportpolitischer Sprecher der Linksfraktion Duisburg: „Die Förderung des Spitzen- und Breitensports in Duisburg ist eine unverzichtbare Aufgabe. Seit dem Abschluss des aktuellen Sportpaktes im Jahr 2013 haben sich die Bedingungen in Duisburg stark verändert. Entgegen der damaligen Prognosen ist die Einwohnerzahl auf über 500.000 Einwohner gestiegen. Der Zuzug von Menschen aus Südosteuropa und die gestiegene Zahl von Geflüchteten stellt die Sportstadt Duisburg vor große Herausforderungen.“

Diesen Entwicklungen Rechnung tragend hatte die Linksfraktion bereits im September einen Antrag im Betriebsausschuss DuisburgSport eingebracht, um frühzeitig die Weichen für Gespräche zur Fortsetzung des Sportpaktes zu stellen. Die Fraktionen von CDU und SPD lehnten diesen mit dem polemischen Hinweis ab, dass dies ein Schaufensterantrag sei und die Gespräche erst im Jahr 2020 beginnen sollten.

„Mit der Ankündigung von Gesprächen zur Verlängerung des Sportpaktes sehen wir uns nun bestätigt und begrüßen ausdrücklich die vorausschauende Vorgehensweise durch den Stadtsportbund und die Stadt. Gleichzeitig fordern wir, dass die notwendige Verlängerung des Paktes einhergehen muss mit konkreten finanziellen Zusagen und einer deutlichen Erhöhung der Förderungen“, so Dubielczyk.

## Start des Runden Tisches „Kinderarmut“

PE vom 20.12.2018

Am Dienstag, den 18.12.2018 hat sich zum ersten Mal der Runde Tisch Kinderarmut getroffen. Die Initiative zu diesem Runden Tisch geht auf einen Antrag der Linksfraktion zurück.

Hierzu erklärt Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion Duisburg: „Wir sind froh, dass auf unsere Initiative hin nun die erste Sitzung des Runden Tisches erfolgen konnte. Alle Teilnehmenden haben in sehr konstruktiver Weise mitgearbeitet und es ist uns gelungen erste gute Vorschläge zur Bekämpfung der Kinderarmut in Duisburg zu sammeln. DIE LINKE wird sich weiterhin auf kommunaler Ebene dafür einsetzen, dass deutlich offengelegt wird, an welchen Stellen es besonders brennt und wo Maßnahmen zur Eindämmung der Kinderarmut besonders notwendig sind. Die kommunalen Vertreter sind nämlich diejenigen Akteure, die am besten bewerten können, wo und wie Geld in die Hand genommen werden muss, um die Situation für die Kinder zu verbessern. Dies wird auch in Zukunft ein wichtiger Teil der Arbeit des Runden Tisches sein. Im Fall des Gute-KiTa-Pakets des Bundes müssen wir in Duisburg bewerten, wie die Gelder am besten eingesetzt werden, damit die Chancengleichheit für alle Kinder am ehesten erreicht werden kann.“

Allerdings müssen wir natürlich darauf hinweisen, dass unsere Mittel auf kommunaler Ebene begrenzt sind. Wir müssen in Duisburg immer wieder deutlich machen, dass eine nachhaltige Bekämpfung der Kinderarmut nur durch weitere Maßnahmen auf Bundesebene zu erzielen ist.“

In Deutschland ist jedes fünfte Kind von Armut betroffen. Während die Kinderarmutsquote in vielen Städten Deutschlands nur geringfügig steigt oder sogar rückläufig ist, stieg diese in den letzten Jahren in Duisburg deutlich an. In 2017 lebten über 30 % der Kinder im Grundschulalter in Duisburg in Haushalten im SGB II-Bezug. In einigen Stadtteilen betraf dies sogar mehr als jedes zweite Kind.

Hierzu erklärt Ammann-Hilberath: „Die Zahlen zur Kinderarmut in Duisburg sind inakzeptabel und der Bund muss endlich handeln. Die Kommunen vor Ort – und insbesondere stark betroffene Kommunen wie Duisburg – müssen unmittelbar finanziell so ausgestattet werden, dass das Problem der Kinderarmut wirklich und nachhaltig angegangen werden kann. Es muss mehr in KiTas, Schulen und Bildung investiert werden, um echte Zukunftsperspektiven zu bilden. Momentan ist Armut eine Krankheit die vererbt wird. Um dies zu ändern muss es einen grundlegenden Wandel in der Politik geben, weg von einer rücksichtslosen Ellenbogengesellschaft hin zu einer echten Solidargemeinschaft, die allen Kindern Chancengleichheit bietet.“

# NOVEMBER 2018

## Linke: OB soll sich für Abkehr von Hartz IV einsetzen

PE vom 20.11.2018

DIE LINKE im Rat der Stadt Duisburg fordert den Oberbürgermeister auf sich gegenüber der Bundesregierung für eine Abkehr des Hartz IV-Systems einzusetzen.



Hierzu erklärt Carmen Hornung-Jahn, sozialpolitische Sprecherin der Ratsfraktion DIE LINKE: „Hartz IV ist Armut per Gesetz. Für die betroffenen Menschen war und ist Hartz IV ein brandaktuelles Thema, das jeden Lebensbereich durchdringt. Viele Menschen in Duisburg sind von Hartz IV ganz besonders betroffen. Annähernd 20 % aller Duisburgerinnen und Duisburger sind auf Leistungen nach dem SGB-II angewiesen. In einzelnen besonders betroffenen Stadtteilen wie Marxloh und Hochfeld sind es sogar bis zu 40 %. Dies sind unhaltbare Zahlen, die nicht akzeptiert werden dürfen. Dazu kommt, dass das Jobcenter Duisburg immer wieder trauriger Spitzenreiter bei der Vergabe von Sanktionen ist.“

Die Vereinten Nationen kommen zu einer ähnlich negativen Einschätzung wie DIE LINKE. Die Bundesrepublik ist Mitglied im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen. Der Pakt definiert wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte aller Menschen. In regelmäßigen Abständen sind die Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet beim UN-Menschenrechtsausschuss Staatenberichte einzureichen. Im Zuge des aktuellen Berichtes gibt es massive Kritik seitens des genannten Ausschusses. Insbesondere die Punkte der Höhe der Grundsicherung, der Sanktionspraxis, der hohen Mieten und der Stromsperrern werden deutlich kritisiert.

Dazu erklärt Thomas Keuer, für DIE LINKE im Sozialausschuss: „Mit Freude haben wir festgestellt, dass sowohl die NRW-SPD, als auch die Bundes-SPD Hartz IV abschaffen will. Sowohl Herr Kutschaty als auch Frau Nahles kündigen die Abkehr von diesem unsozialen System an. Im Einklang mit den Forderungen sowohl der SPD als auch der Vereinten Nationen fordern wir den SPD-Oberbürgermeister Link auf, sich dafür einzusetzen, das Niveau der Grundsicherung signifikant zu erhöhen. Außerdem soll er auf die Bundesregierung einwirken die Sanktionspraxis der Jobcenter abzuschaffen, die Mietsätze bei den KdU zu erhöhen und Stromsperrern abzuschaffen. Gerade mit dem Rückenwind durch die Aussagen der SPD und der Vereinten Nationen sollte es möglich sein, dass der Oberbürgermeister mit diesen Forderungen endlich etwas auf Bundesebene erreicht.“

## Linke: Rodung in Neumühl ist Steuergeldverschwendung

**PE 15.11.2018**

### **KiDu-Maßnahme an der Gartenstraße steht in der Kritik**

„Zurecht kommen sich die Neumühlerinnen und Neumühler verschaukelt vor, wenn sie sehen, dass ein Wäldchen gerodet wird, damit es Neupflanzungen gibt“, erklärt Lukas Hirtz, umweltpolitischer Sprecher der Duisburger Linksfraktion „Hier werden 42.000€ Steuergelder verbrannt. Das Geld hätten wir an anderer Stelle wesentlich dringender gebraucht. Wir hinken mit dem Straßenbaumkonzept um circa 3 Jahre hinterher. Wenn es Erstaufforstungen geben soll, dann hätte das Geld viel besser in Straßenbäume investiert werden können. So ist die Maßnahme sogar kontraproduktiv, da es Jahrzehnte dauern wird, bis die Neupflanzungen den ökologischen Wert der bestehenden Bäume erreichen.“

An der Ecke Gartenstr./Bütenstr. haben in den vergangenen Tagen Rodungsarbeiten stattgefunden. Diese Maßnahme findet im Rahmen des Programms „Kommunalinvestitionen in Duisburg (KIDU)“ statt und bezieht sich auf die Maßnahme 01500. Hierbei werden 42.000€ für Erstaufforstungen aufgeführt.

„Aus dem Maßnahmenkatalog wird nicht genau ersichtlich, was mit dem Geld geschieht. Es hat aber wohl kein Ratsmitglied daran gedacht, dass hier ein Wald für einen Wald abgeholzt wird“, ergänzt die Neumühler Ratsfrau Carmen Hornung-Jahn. „Das offenbart erhebliche Mängel in der Stadtverwaltung: Die Stadt weiß offenbar selber nicht wo Wäldchen stehen und wo Neuaufforstungen sinnvoll sind. Wir brauchen also mehr Personal im Umweltbereich. Das ist aber im derzeitigen Stellenplan nicht vorgesehen. Im Gegenteil, will die Stadt mittelfristig Personal- und Sachaufwendungen im Umweltbereich abschmelzen.“

## Linke fordert Aufstockung des Personals und Notfallkasse

**PE vom 13.11.2018**

**DIE LINKE im Rat der Stadt Duisburg beantragt zur nächsten Ratssitzung die Einrichtung einer Notfallkasse für soziale Einrichtungen bzw. die soziale Infrastruktur der Stadt, ein zukunftsweisendes Konzept zur Verbesserung der Personalsituation, die Ausweitung der jährlichen Azubi-Stellen auf mindestens 200 sowie die externe Besetzung weiterer 100 Stellen bei der Stadt Duisburg.**

Hierzu erklärt Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion DIE LINKE: „DIE LINKE beantragt für 2019 die Reduzierung der geplanten Zinsaufwendungen um 8 Mio. € auf 44.961.704 €. Die Stadt Duisburg hat in den vergangenen Jahren immer deutlich weniger für den Bereich „Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen“ ausgegeben als im Haushaltsansatz eingeplant war. In den letzten Jahren waren dies durchschnittlich rund 20 Mio. € Differenz. Zusätzlich hat die Stadt Duisburg in den letzten drei Jahren über 31 Mio. € an Überschüssen erwirtschaftet. Davon sollte ein gewisser Teil in soziale Projekte und das Personal investiert werden, anstatt ihn ausschließlich in den Schuldenabbau zu stecken, der von der Stadt Duisburg ohne weitere Hilfe und ohne eine auskömmliche finanzielle Ausstattung nicht allein zu bewältigen ist. Soziale Errungenschaften und ausreichend Personal haben einen wichtigen Nutzen für alle DuisburgerInnen und Duisburger. Eine konzeptlose Kürzungspolitik macht eventuell die Bezirksregierung glücklich, schadet aber der Duisburger Bevölkerung.“

DIE LINKE fordert, die zur Verfügung stehenden 8 Mio. € anteilig für eine Notfallkasse für soziale Einrichtungen bzw. die soziale Infrastruktur und für die Verbesserung der Personalsituation der Stadt Duisburg zu verwenden.

Hierzu Ammann-Hilberath: „Eine Notfallkasse in Höhe von 3.000.000,00 € soll dafür sorgen, dass unvorhersehbare Vorkommnisse im sozialen Bereich aufgefangen werden können. Die entsprechenden Gelder sollten ausschließlich für Maßnahmen im Bereich der sozialen Infrastruktur der Stadt Duisburg genutzt werden. Über die Verwendung hat der Rat der Stadt Duisburg im Detail zu entscheiden.“

Beim Personal ist es einerseits wichtig die Azubi-Stellen auszuweiten, um der demographischen Entwicklung in der Verwaltung entgegen zu wirken und andererseits die besetzten Stellen insgesamt zu erhöhen, um den schlimmsten Fehlentwicklungen schnell entgegen zu treten.

Thomas Keuer, Mitglied im Personalausschuss, fügt hinzu: „In Duisburg könnte man mittlerweile eine Liste des Schreckens erstellen über die Skandale, die durch die Personalknappheit

hervorgerufen wurden, angefangen bei den unzumutbaren Zuständen beim Straßenverkehrsamt über ein nicht mehr funktionsfähiges IMD bis hin zu katastrophalen Zuständen in der Ausländerbehörde. Auch mit der vom Oberbürgermeister in Aussicht gestellten externen Besetzung von 100 Stellen, klafft immer noch eine große Lücke von unbesetzten Stellen. Weitere 100 zu besetzende Arbeitsplätze sind hier unbedingt notwendig, um kurzfristig in den besonders betroffenen Bereichen Abhilfe zu schaffen.“

# OKTOBER 2018



## **LINKE: Keine Alleenfällsatzung, sondern Alleenkonzept**

PE vom 25.10.2018

### **Linksfraktion warnt vor rücksichtslosem Umgang mit Alleen und Straßenbäumen**

„Anlässlich eines Fällwunsches für zwei Bäume in Walsum durch einen Bürger will die Stadt eine Alleensatzung erstellen. Die scheint aber vor allem dem Fällen von Bäumen zu dienen. Dagegen wehren wir uns“, meint Lukas Hirtz, für die Linksfraktion im Umweltausschuss. „Es kann nicht sein, dass hier eine Satzung eingeführt wird, um Gesetze zu umgehen und mehr Bäume fällen zu können.“

An der Schachtstraße in Walsum hatte ein Bürger die Fällung von zwei Platanen verlangt, da deren Wurzeln die Versiegelung seines Vorgartens anheben. Ebenfalls sind die großen Bäume ein Hindernis auf dem Fußgängerweg. Die Stadt wollte dem Wunsch entsprechen, ist jedoch an dem Einspruch des Beirats und an der Auflage der oberen Landschaftsbehörde gescheitert. Deshalb, so in einem Antwortschreiben an den Petenten, wolle die Stadt eine Alleensatzung schreiben, die das Fällen von geschützten Alleen erleichtert.

„Alleen bieten viele Vorzüge. Sie sollten von der Stadt geschützt werden“, meint Hirtz weiter. „Alleen verbessern erheblich das Mikroklima, besonders im städtischen Bereich. Sie können bei Starkregenereignissen das Wasser aufnehmen und so die Behinderungen durch Überflutungen verringern. Wurzeln und Baumkronen reinigen zudem das Grundwasser, filtern vor allem Feinstaub und andere Schadstoffe aus der Luft. Oft entstehen in Alleen zusätzliche Biotope, die wiederum die Artenvielfalt erhöhen und in denen außerdem Schädlinge, vor allem durch baumbewohnende, insektenfressende Vögel, manchmal aber auch durch Greifvögel, auf natürliche Weise bekämpft werden. Dies sollten Stadt und Bürger immer im Hinterkopf behalten, auch wenn das Fällen von Bäumen manchmal und auf den ersten Blick als die einfachste Lösung für manche Ärgernisse erscheint. Im konkreten Fall schlagen wir den straßenseitigen Ausbau des Gehwegs vor.“



## **Linksfraktion fordert den OB sowie SPD und CDU zum Handeln auf**

PE 19.10.2018

## **Angesichts der katastrophalen Zustände im Straßenverkehrsamt fordert die Linksfraktion ein Umdenken in der Personalpolitik und eine Abkehr von der Kürzungspolitik.**

„Wenn grundlegende Verwaltungsaufgaben nicht mehr erfüllt werden können, wenn mittlerweile Sicherheitspersonal und sogar die Polizei eingesetzt werden müssen, um Tumulte in Ämtern zu verhindern, dann haben wir ein Problem, so Erkan Kocalar, stellvertretender Vorsitzender der Linksfraktion Duisburg“.

„Seit Jahren ist der Personalmangel in der Stadt bekannt. Immer wieder kommt es zu Beeinträchtigungen bei der Erfüllung von Aufgaben durch die Verwaltung. Ob monatelange Bearbeitungszeiten von Anträgen im Sozialamt, lange Wartezeiten bei der Ausländerbehörde und Einbürgerungsstelle, eine unzureichende Erreichbarkeit des Callcenters, Schließungen von Statteibibliotheken oder katastrophale Zustände beim IMD. Immer weniger ist die Stadt in der Lage ihren Verpflichtungen nachzukommen. Der Oberbürgermeister hat eine Sorgfaltspflicht gegenüber den Mitarbeitern. Der Krankenstand in der Verwaltung ist mit fast 10% auf einem Höchststand, immer mehr Angestellte sind gestresst und überlastet“, so Kocalar. „Ebenso stehen SPD und CDU in der Pflicht, denn sie tragen seit Jahren die Kürzungspolitik der Stadt mit.“

Die Linksfraktion fordert daher an den Oberbürgermeister sowie SPD und CDU unverzüglich zu handeln und eine verantwortungsvolle Personalpolitik auf den Weg zu bringen. Kocalar warnt: „Es ist fünf vor zwölf. Was muss noch passieren bis Politik und Verwaltung endlich aktiv werden“?

Kocalar weiter: „Eine nachhaltige Haushaltspolitik und die Entschuldung der Stadt Duisburg werden auch über massive Einschnitte beim Personal, Einschränkungen der öffentlichen Leistungen und dem Kaputtsparen der Infrastruktur nicht erreichbar sein. Dazu bedarf es einer angemessenen Finanzierung der Kommunen über steuerpolitische Instrumente auf Bundesebene und eines Entschuldungsfonds“.

Die Linksfraktion kündigt an, bei den Haushaltsberatungen in der kommenden Ratssitzung Vorschläge für eine bessere Personalstruktur einzubringen.

# SEPTEMBER 2018



## **LINKE fordert bessere Entlohnung für MitarbeiterInnen der WfbM**

**PE vom 27.9.2018**

**In der kommenden Ratssitzung am 1.10.18 beantragt DIE LINKE eine Entlohnung für die MitarbeiterInnen mit Behinderung in der WfbM, die sich an den gesetzlichen Mindestlohn anlehnt.**

Hierzu erklärt Carmen Hornung-Jahn, sozialpolitische Sprecherin der Ratsfraktion DIE LINKE. Duisburg: „In den letzten Wochen wurde sehr viel über die Bezüge der ehemaligen Geschäftsführerin der Werkstatt für Menschen mit Behinderung, Frau Rogg, gesprochen. Überhöhte Bezüge von GeschäftsführerInnen städtischer Beteiligungsgesellschaften sind ein drängendes Problem. Diesbezüglich ist DIE LINKE auch schon aktiv geworden und hat einen Antrag gestellt, um dies in Zukunft zu verhindern.“

Allerdings darf in diesem Zusammenhang nicht in Vergessenheit geraten, wer eigentlich im Mittelpunkt der WfbM steht: Die MitarbeiterInnen mit Behinderung. Aber genau diese MitarbeiterInnen leisten dort hervorragende Arbeit und werden nur mit einem winzigen Pseudo-Gehalt entlohnt, das durch Transferleistungen aufgestockt werden muss. Unterm Strich bleibt ein zur Verfügung stehendes Einkommen, was unakzeptabel gering ausfällt.

Für Menschen mit Behinderungen gibt es besonders viele Diskriminierungen und strukturelle Zugangsbeschränkungen: auf dem Arbeitsmarkt, im Sozialraum, im Verkehr, in der Bildung und in der ehrenamtlichen und politischen Betätigung. Das muss sich ändern. Ein wichtiges Kriterium zur aktiven, selbstbestimmten Teilhabe am politischen, sozialen und kulturellen Leben ist die finanzielle Ausstattung.

Um eine fairere Entlohnung der MitarbeiterInnen in der WfbM anzustoßen, fordern wir mit unserem Antrag den Oberbürgermeister auf, sich gegenüber der Landes- und Bundesregierung dafür stark zu machen, dass Beschäftigte in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen zukünftig eine Entlohnung für ihre Tätigkeit erhalten, die sich an den gesetzlichen Mindestlohn anlehnt.“



## **LINKE fordert Umdenken bei den Geschäftsführungen der städtischen Beteiligungen**

**PE vom 26.9.2018**

**DIE LINKE beantragt im Rat ein grundsätzliches Umdenken beim Umgang mit den städtischen Beteiligungen.**

Hierzu erklärt Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion DIE LINKE. Duisburg: „Für die Stadt Duisburg sollte nach den zurückliegenden Skandalen die Transparenz absolut im Vordergrund stehen. Intransparente Geschäftsführerbezüge, Mauscheleien bei der Stellenbesetzung und exorbitante Vergütungen müssen der Vergangenheit angehören. Deshalb fordern wir den Rat auf, endlich zu handeln und entsprechende Beschlüsse zu fassen. Der Oberbürgermeister soll auf alle GeschäftsführerInnen der städtischen Beteiligungen einwirken, dass diese sich freiwillig dazu bereit erklären, ihre gesamten Bezüge mit der größtmöglichen Transparenz darzustellen. Dies sollte insbesondere für diejenigen städtischen Beteiligungen gelten, bei denen dies rechtlich nicht zwingend erforderlich ist.

Aufsichtsräte müssen zu jedem Zeitpunkt immer umfänglich über die Vergütungsvereinbarungen der jeweiligen Geschäftsführungen informiert sein. Daher beantragen wir eine unaufgeforderte, automatische Information bei jeder Vergütungsänderung.

Ebenso sollen für die Zukunft intransparente Personalentscheidungen vermieden werden. Ausschlaggebendes Kriterium soll allein die fachliche Qualifikation sein. Aus diesem Grund müssen alle Neubesetzungen in den Geschäftsführungen per öffentliche Ausschreibung erfolgen.

Überzogene Vorstandsgehälter sind für die Zukunft unbedingt zu unterbinden. Daher fordern wir, dass der Oberbürgermeister ein Konzept erarbeitet, das sicherstellt, dass es keine ausufernd hohen Vergütungen mehr gibt und der drastische Abstand der Bezüge der MitarbeiterInnen mit dem niedrigsten

Einkommen im Konzern und der Geschäftsführung deutlich reduziert wird. Das Konzept muss die besondere Aufgabe der kommunalen Unternehmen in Bezug auf die öffentliche Daseinsvorsorge und die Entlastung des kommunalen Haushaltes mit einbeziehen.

Für die kommende Ratssitzung erhoffen wir uns insbesondere Unterstützung seitens der SPD-Fraktion, die einige Tage nach Einbringung unseres Antrags einen zum Teil inhaltsgleichen Antrag eingebracht hat. Wir gehen deshalb davon aus, dass die SPD-Fraktion unseren weitergehenden Antrag unterstützen wird.“



## **Abholzsatzung oder Konzept für bessere Alleen?**

**PE 25.09.2018 Arbeitskreis der Linken lädt zu Beratungen um ein Alleenkonzept, das Holzkraftwerk in Walsum und die Deponie Lohmannsheide ein.**

„Wir hatten es schon in der Septembersitzung des Umweltausschusses befürchtet und Medienberichte nähren nun unsere Sorgen: Soll für Duisburg ein Konzept erarbeitet werden, um wertvolle Alleen leichter abholzen zu können“, sorgt sich Lukas Hirtz, für DIE LINKE. im Umweltausschuss der Stadt Duisburg. „Bevor es zu einer Abholzsatzung kommt, wollen wir Kriterien für eine nachhaltige Alleenentwicklung in Duisburg schaffen. Alleen haben eine noch größere Bedeutung für das städtische Mikroklima, als es einzelne Straßenbäume haben. Sie filtern Feinstäube und Stickoxide aus der Luft. Aber müssen gleich alte Bäume, der gleichen Art immer noch wie Zinnsoldaten aufgereiht werden, oder können Alleen ökologischer und nachhaltiger konzeptioniert werden? Müssen alte Alleen radikal gekappt werden, oder können sie zu „Mehrgenerationen-Alleen“ werden, die auf Dauer ihre ökologische Funktion erhalten. Diese und mehr Fragen sowie ein etwaiges Vorgehen wollen wir beraten.“

Am Donnerstag, den 27.09.2018 trifft sich der Arbeitskreis der Ratsfraktion DIE LINKE. Duisburg um 18.30 Uhr in ihrer Geschäftsstelle Gravelottestr. 28 in Hochfeld. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.

„Außerdem ist trotz einstimmiger Meinungsäußerungen aus der Politik, das Altholzkraftwerk in Walsum immer noch nicht vom Tisch“, sagt Detlef Feldmann, sachkundiger Einwohner im Umweltausschuss. „Handelt es sich, wie uns die Steag weismachen will, um ökologische Biomasseverbrennung, oder ist es doch, wie viele befürchten, doch eher eine Sondermüllverbrennungsanlage, die die Walsumer Luft verpestet? Wie können wir letzteres verhindern? Auch das ist zu besprechen. Außerdem steht eine Sondersitzung zur Deponie Lohmannsheide in Baerl an. Auch hier haben wir die Sorge, dass die Gesundheit der Anwohner und der Schutz der Umwelt der Profitlogik geopfert wird.“



## **LINKE und Grüne unterstützen Seenotrettung**

**PE vom 24.9.2018**

**Seit Anfang des Jahres sind schon weit über 1700 Menschen im Mittelmeer gestorben. Grund dafür ist die menschenverachtende Abschottungspolitik der EU-Mitgliedsstaaten.**

Hierzu erklärt Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion DIE LINKE. Duisburg: „Das massenhafte Sterben im Mittelmeer ist eine humanitäre Katastrophe und die Abschottungspraxis der EU widerspricht mit dem bewussten Unterlassen von Hilfen an der EU-Außengrenze allen Prinzipien der Humanität und der Menschenrechte. In Europa und insbesondere in Deutschland gibt es genug sichere Orte, die den geflüchteten Menschen Schutz vor Krieg, Folter und Elend bieten können. Es muss nur politisch gewollt sein. Die internationale Bewegung Seebrücke engagiert sich seit Langem vorbildlich für das Ende des Sterbens im Mittelmeer und hat auch in Duisburg eine erfolgreiche Demonstration mit ca. 2000 Teilnehmern organisiert. Dies zeigt, dass es in Duisburg viele engagierte Menschen gibt, die sich für Geflüchtete einsetzen und das Sterben im Mittelmeer unerträglich finden. Andere Kommunen wie z.B. Köln, Bonn und Düsseldorf haben schon vor Monaten richtig reagiert und politisch positive Signale gesetzt. Die Ratsfraktionen DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen beantragen daher gemeinsam in der kommenden Ratssitzung am 1.10.2018, dass der Oberbürgermeister Sören Link sich dem politischen Signal der genannten Städte anschließen soll und sofort geflüchtete Menschen aus der Seenotrettung, über den bisherigen Verteilschlüssel hinaus, aufnehmen soll. Gleichzeitig soll der Rat der Stadt Duisburg sich dafür aussprechen, das Recht auf Asyl und die Integration Geflüchteter wieder ernst zu nehmen und eine Seenotrettung im Mittelmeer aus humanitären Gründen wieder zu ermöglichen. Vor dem Hintergrund der vielen Toten im Mittelmeer und der anhaltenden Krisen, insbesondere in afrikanischen Ländern sowie im nahen und mittleren Osten, halten wir die Initiative der Städte Köln, Düsseldorf und Bonn für ein wichtiges Signal zu diesem Zeitpunkt.“



## **Linksfraktion lehnt neue Friedhofsgebührensatzung ab**

**PE 21.9.2018**

Zu dem Vorschlag der Verwaltung, die Gebührensatzung zur Nutzung von Friedhöfen zu ändern nimmt die Fraktionsvorsitzende M.Ammann-Hilberath Stellung:

„Die vorgelegte Änderung sieht in vielen Bereichen Gebührenerhöhungen vor. So steigen die Kosten für ein Baumwahlgrab um 155 Euro, für ein Sargrasenwahlgrab um 212 Euro, für ein Erdwahlgrab um 252 Euro und für ein Urnenwahlgrab um 240 Euro. Dem gegenüber stehen geringe Kostensenkung in einzelnen Bereichen wie bei einer Ruhestätte im Kolumbarium um -88 Euro, einem Urnenrasenreihengrab um -81 Euro, einem Endreihengrab um -16 Euro und einem Urnenreihengrab um -12 Euro. Die Linksfraktion hält dies für absolut sozial unausgewogen und eine Problemlage für Hinterbliebene, die sich neben dem Verlust eines Angehörigen mit starken finanziellen Belastungen auseinandersetzen müssen. Einer kleinen Senkung der Gebühren bei einzelnen Grabstätten steht eine unverhältnismäßige Erhöhung in anderen Grabstätten gegenüber. Allein die hohe Zahl von über 8.000 älteren DuisburgerInnen, die Grundsicherung im Alter beziehen weist darauf hin, dass für die Bestattung eines Angehörigen oft das gesamte Vermögen verbraucht werden muss. Neben den BezieherInnen von Grundsicherung im Alter leben in Duisburg viele RentnerInnen mit kleinen Renten. Die Prognosen der Gewerkschaften und der Wohlfahrts- und Sozialverbände gehen davon aus, dass deren Zahl in den nächsten Jahren ansteigen wird.“

Auch die finanzielle Situation vieler jüngerer DuisburgerInnen bringt die Betroffenen bei einem Sterbefall von Angehörigen und den ansteigenden Kosten für die Bestattung an den Rand der finanziellen Belastbarkeit. Dazu Ammann-Hilberath: „Um eine menschenwürdige Beerdigung und eine Grabstätte

die den Wünschen des Verstorbenen entspricht zu finanzieren sind inzwischen mehrere Tausend Euro nötig. Sowohl jüngere Hinterbliebene als auch SeniorInnen können heute schon nur mit größter Mühe die Kosten begleichen.“

Die Linksfraktion wird der Erhöhung von Friedhofsgebühren aus sozialen Gründen im Rat nicht zustimmen.



## **Städtische Mitarbeiter werden älter, kündigen öfter und sind häufiger krank**

PE 20.9.2018

**Die Linksfraktion zeigt sich besorgt über die Ergebnisse des aktuellen Personalstrukturberichts, der am Freitag in der Sitzung des Ausschusses für Personal, Verwaltung und Digitalisierung beraten wird.**

Innerhalb eines Jahres stieg das Durchschnittsalter der städtischen Mitarbeiter von 46 Jahren 2016 auf 47,3 Jahren 2017. Mittlerweile ist in der Verwaltung annähernd jeder zweite Mitarbeiter 50 Jahre und älter. „Der Stadt fehlt mittlerweile eine ganze Generation von Mitarbeitern. Diese unausgewogene und bedenkliche Altersstruktur ist die Folge der jahrelangen Sparpolitik und nimmt immer bedrohlichere Ausmaße an“, so der personalpolitische Sprecher der Linksfraktion, Binali Demir.

Die krankheitsbedingten Ausfallzeiten sind im vergangenen Jahr nochmals angestiegen und liegen mittlerweile bei knapp 10 %. Schon bei der Mitarbeiterbefragung 2017 gaben die Beschäftigten an, dass die Arbeit vermehrt ihre Gesundheit beeinträchtigt, der Zeitdruck steige und die Leistungsanforderungen zu hoch seien. „Die durch den Haushaltssanierungsplan aufgezwungenen Sparmaßnahmen gehen zunehmend zu Lasten der Gesundheit der Beschäftigten. Die chronische Unterbesetzung in der Verwaltung erhöht den Krankenstand und verstärkt die Abwanderung der Beschäftigten zu anderen Arbeitgebern“, führt Demir aus. Demir bemerkt: „Der Arbeitgeber hat gegenüber den Arbeitnehmern eine Fürsorgepflicht. Dieser Verpflichtung wird der Oberbürgermeister immer weniger gerecht.“

Doch nicht nur gestresste Mitarbeiter und die Bürger, die durch die schlechte Qualität städtischer Leistungen verärgert und genervt sind, tragen die Folgen der verfehlten Personalpolitik.

Auch der Stadt selber entsteht ein immenser Schaden. Denn das wird im Personalstrukturbericht ebenfalls klar: Die Kündigungen seitens der Mitarbeiter steigen deutlich an. Demir warnt: „Der Stadt gelingt es immer weniger, ihre Beschäftigten zu halten oder ihre Stellen zu besetzen. Innerhalb eines Jahres stiegen die Kündigungen der tariflich Beschäftigten von 28 auf 75, wobei nur 4 auf Kündigungen durch den Arbeitgeber zurückzuführen waren. Die Zahl der Beamten, die sich zu einem anderen Dienstherrn versetzen ließen, stieg von 9 auf 21.“



Besorgniserregend dabei, vor allem Beamte, die am Anfang ihres Berufslebens stehen, verlassen die Stadt.“

„Hier ist die Stadt gefordert, durch Wertschätzung der Mitarbeiter, das Aufzeigen von Perspektiven und die Schaffung besserer Arbeitsbedingungen die Attraktivität der städtischen Arbeitsplätze zu erhöhen. Dazu bedarf es aber eines Endes der ruinösen Sparpolitik der Stadt“, so Fraktionsvorsitzende Martina Ammann-Hilberath.



## **Schulen in Duisburg: Gemeinsam handeln – Zukunft gestalten**

PE 19.9.2018

**Am 15.9. kamen eine Vielzahl von Interessierten in der Gesamtschule Globus am Dellplatz zusammen, um Schule neu zu denken. Sie waren einer Einladung der Duisburger Elternschaft, der GEW und der Fraktion der LINKEN gefolgt, um gemeinsam über Perspektiven zur Zukunft der Schulen in Duisburg zu diskutieren.**

Die schulpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Barbara Laakmann, schilderte zu Beginn der Veranstaltung die aktuelle Situation der Schulen in Duisburg. Jahrelang seien die Geburtenzahlen zurückgegangen und Schulen aufgrund des Drucks der Bezirksregierung geschlossen worden. Dieser Trend habe sich vor einigen Jahren umgekehrt. Laakmann macht deutlich: „Eine gute Schule ist eine kleine Schule. Die Erhöhung von Zügigkeiten, das Aufstellen von Containern und die Errichtung von Dependancen widersprechen einer verantwortungsbewussten Schulpolitik.“ Laakmann appellierte an die Teilnehmenden, dass es Zeit sei einen neuen Aufschlag zu machen. Marc Mulia vom Institut für Erziehungswissenschaft an der Universität Bochum unterstrich in seinem Vortrag die Forderungen nach neuen Schulen. Allein zwischen 2012 und 2017 stiegen die Geburtenzahlen von 4083 auf 5180. „Wichtig ist es, jetzt den Grundstein zu legen, für eine zukunftsfähige Schullandschaft in Duisburg“, so Laakmann.

Dr. Christina Herold von der Elternschaft Duisburger Schulen betonte, dass Schüler einen immer größeren Teil ihrer Zeit in der Schule verbrachten und zeigte anhand vieler Beispiele und Ideen aus der Elternperspektive, welche Erwartungen sie an die Schule der Zukunft haben. Der Medien- und Kulturwissenschaftler Yilmaz Holtz-Ersahin demonstrierte Optionen, wie der Umgang mit digitalen Medien die Schule verändern wird.

Dr. Petra Moog wusste sachkundig und lebhaft von verschiedenen Modellen zur Gestaltung und Umgestaltung von Schulgebäuden zu berichten. Anhand einer Reihe von Beispielen berichtete sie über ihre Erfahrungen mit Schulbauprojekten in anderen Städten. Angefangen von der Phase 0, der frühzeitigen Beteiligung von Lehrern, Nicht-Lehrenden, Eltern und

Schülern im Vorfeld eines Schulbauprojekts, bis hin zu Vor- und Nachteilen sowie zu beachtenden Fallstricken bei Musterraumprogrammen wusste Fr. Dr. Moog die Anwesenden mit ihren kenntnisreichen Ausführungen zu begeistern.

„Was von der Schulveranstaltung bleibt, ist die Erkenntnis, dass es so nicht weitergehen kann, wie bisher. Es müssen neue Schulen, orientiert an zeitgemäßen pädagogischen Konzepten und modernen architektonischen Modellen, gebaut und vorhandene saniert werden. Planung, Bau und Umbau sowie Einrichtung müssen partizipativ und breit angelegt sein. Dazu müssen Politik, Verwaltung, Lehrer- und Elternschaft gemeinsam an einem Strang ziehen“, resümiert Barbara Laakmann.

Umso bedauerlicher ist es, dass weder Vertreter anderer Parteien noch Verantwortliche aus der Verwaltung an der Veranstaltung teilnahmen, um sich mit ihren Ideen einzubringen.

Einig waren sich die Teilnehmenden darüber, die neu gewonnenen Erkenntnisse in politische Handlungsansätze zu formulieren und gemeinsam verstärkt für eine zukunftsorientierte Schullandschaft einzutreten.



## **GEW Duisburg, Elternschaft Duisburger Schulen und die Ratsfraktion DIE LINKE.Duisburg laden zur Schulveranstaltung am 15.09.2018 ein**

**PE 13.9.2018**

**Nachdem wir nun auch für alle Themenbereiche hochklassige ReferentInnen gewinnen konnten, werden nochmals alle Interessierten ganz herzlich zur Teilnahme an der Veranstaltung eingeladen.**

Hierzu erklärt Barbara Laakmann, schulpolitische Sprecherin der Ratsfraktion DIE LINKE.Duisburg: „Es ist uns gelungen, ein hochklassig besetztes Podium für die Veranstaltung ‚Schule neu denken – Der Raum als dritter Pädagoge‘ zu organisieren. Für den Themenbereich des modernen Schulbaus und der Schulraumsanierung konnten wir Frau Dr. Petra Moog von der Sophia-Akademie gewinnen, eine ausgewiesene Expertin im Bereich der Lernraumentwicklung. Ebenfalls froh sind wir über die Zusage von Marc Mulia vom Institut für Erziehungswissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum, der den Bereich der Stadtteilschule auf dem Podium erörtern wird. Wir laden alle Beteiligten und Interessierten ein, an der Veranstaltung teilzunehmen, um gemeinsam mit Gewerkschaft, Elternschaft und der Politik zu diskutieren, wie die Schule der Zukunft aussehen und beschaffen sein soll.“

Die aktualisierte Veranstaltungsübersicht ist dieser Presseerklärung beigelegt.



## **SPD- Mehrheit gegen Verbesserungen am Taubenhaus**

**PE vom 10.9.2018**

**Bezirksvertretung lehnt Linke/Grüne- Antrag, Druck auf Hausbesitzer auszuüben, ab.**

„Wie soll es weiter gehen mit dem „Taubenhaus“, der leerstehenden und verfallenden Immobilie in der Meidericher Einkaufsstraße?“, fragt sich Bezirksvertreter Detlef Feldmann (LINKE). „Ich bin erschüttert über die Engstirnigkeit und Lustlosigkeit der SPD bei diesem Thema.“

Ein Antrag der Fraktion Grüne und Linke in der Sitzung der Bezirksvertretung Meiderich – Be-  
eck am 6.9., der die Verwaltung aufforderte, zur Lösung des Problems Verhandlungen mit dem Eigentümer aufzunehmen und bei deren Scheitern administrative Zwangsmaßnahmen zu prüfen, scheiterte an der absoluten Mehrheit der SPD Fraktion. Die gab sich zufrieden mit der Auskunft es seien in der Vergangenheit schon vergeblich Verhandlungen geführt worden und auch die Möglichkeiten zu Zwangsmaßnahmen seien geprüft worden.

„Es ist aber doch eine neue Situation entstanden. Mittlerweile ist das Haus nicht nur ein Ärgernis, sondern auch eine Gefahr für die Öffentlichkeit, was durch die Notwendigkeit von Absperrmaßnahmen dokumentiert wurde“, erklärt Feldmann. „Eigentum soll doch immer auch dem Allgemeinwohl dienen. Und bei einer so eklatanten Abweichung von dieser Verfassungsmaxime sollte es gar keine Möglichkeit des Eingreifens geben? Sollen die Meidericher ein weiteres Jahrzehnt diese Zustände dulden müssen? Es muss eine Lösung geben! Die SPD hat jedenfalls ihr Desinteresse an Meiderich in diesem Fall hinreichend belegt.

Die Linke wird sich darum bemühen, dass dieses Thema nicht in Vergessenheit gerät. Wir prüfen und planen derzeit eine BürgerInnenversammlung. Wenn sich die BV-Mehrheit nicht bewegt, müssen die AnwohnerInnen aufstehen. Das werden sie auch, was wir am großen Zuspruch unserer Kundgebung am 25.8. gesehen haben.“



## **Linksfraktion lehnt Holzkraftwerk ab**

**PE vom 3.9.2018**

Zu der geplanten Errichtung eines Kraftwerks auf dem Logport-VI-Gelände formiert sich Widerstand auch innerhalb der Ratsfraktion DIE LINKE.

Hierzu erklärt Jörg Nikulka, Bezirksvertreter in Walsum: „Wir in Walsum lehnen ein weiteres Kraftwerk auf dem Logport-Gelände ab. Insbesondere wenn noch überhaupt nicht geklärt ist, ob wir in diesem Zusammenhang überhaupt von einem Kraftwerk sprechen dürfen. Unserer Ansicht nach klingen die Pläne deutlich mehr danach, dass an der Stelle eine Müllverbrennungsanlage errichtet werden soll, welche als Kraftwerk getarnt wird. Dies wäre ein Skandal. Wenn wir etwas nicht brauchen in Walsum, dann ist es ein weiteres Projekt, was umweltbelastend ist und noch mehr Lärm und Stress für die Anwohner mit sich zieht.“

Ähnlich kritisch positioniert sich Dr. Detlef Feldmann, für DIE LINKE im Umweltausschuss: „Die Verbrennung von Altholz, insbesondere wenn es vorher behandelt wurde, führt zu weiteren gesundheitsschädlichen Emissionen und birgt weitere Gefahren. Vor diesem Hintergrund sollte ein solches Werk in einem solch vorbelasteten Bereich wie Walsum - wenn überhaupt - nur dann errichtet werden, wenn es zwingend notwendig ist und die Umwelt nachweislich nicht belastet.

Deshalb ist diese Notwendigkeit zuerst darzulegen, bevor die Planungen fortgeführt werden. Es besteht sonst eine Wahrscheinlichkeit, dass zur wirtschaftlichen Betriebsführung Althölzer importiert werden und so Walsum über das Maß belastet wird. Daher wird DIE LINKE im Umweltausschuss beantragen, dass die Verwaltung aufgefordert wird, das Genehmigungsverfahren für das Altholz-Verbrennungskraftwerk solange zu stoppen, bis ein regionaler Bedarf an Holzverbrennungskapazitäten und Strom belegt ist.“

# AUGUST 2018

## **DIE LINKE. im Rat der Stadt Duisburg erklärt sich solidarisch mit der internationalen Bewegung „Seebrücke“**

**PE vom 30.8.2018**

Hierzu erklärt Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion: „Seit Anfang des Jahres sind schon weit über 1500 Menschen im Mittelmeer gestorben. Grund dafür ist die menschenverachtende Abschottungspolitik der EU-Mitgliedsstaaten. Die Grenzschutzagentur „Frontex“ wird zur „Sicherung der Außengrenzen“ weiter aufgerüstet. Flüchtende werden in Lager nach Nordafrika zurückgebracht und unter menschenverachtenden Zuständen dort eingesperrt. Eine gezielte Rettungsmaßnahme, die Menschen auf der Flucht in sichere europäische Häfen bringt und das Sterben auf dem Mittelmeer endlich beendet, ist nicht vorgesehen.

Die internationale Bewegung „Seebrücke“ stellt sich dieser zynischen Abschottungspolitik Europas entgegen. Mit Aktionen in ganz Europa fordern die Beteiligten ein offenes Europa, solidarische Städte und sichere Häfen für Menschen auf der Flucht. Menschen auf dem Mittelmeer sterben zu lassen, um Europa weiter abzuschotten und politische Machtkämpfe auszutragen, ist unerträglich und spricht gegen jegliche Humanität.

Vor diesem Hintergrund unterstützt die Ratsfraktion DIE LINKE ausdrücklich die Demonstration der Bewegung Seebrücke am 1.9.18 und ruft alle engagierten Menschen zur Teilnahme auf. Außerdem haben alle Ratsmitglieder der Linksfraktion die Solidaritätsbekundung für die Seebrücke unterschrieben und teilen deren Ziele.

DIE LINKE wird in der nächsten Ratssitzung beantragen, dass sich der Duisburger Oberbürgermeister Link der Initiative der Oberbürgermeister der sogenannten Rheinschiene anschließt und Duisburg

durch die freiwillige Aufnahme von Geflüchteten aus dem Mittelmeerraum zu einem sicheren Hafen macht.“

## „Mangelhaft in Mathe und Moral“

**PE 10.8.2018**

**Duisburger LINKE erzürnt über die Äußerungen des Oberbürgermeisters.**

„Auf der einen Seite freuen wir uns, dass Herr Link endlich unsere Forderung nach finanzieller Unterstützung durch Bund und Land aufgreift. Auf der anderen Seite widersprechen Sören Links Aussagen über unsere Stadt und deren Menschen der Realität“, meint die Fraktionsvorsitzende der Linksfraktion im Duisburger Stadtrat zu den Äußerungen des Oberbürgermeisters bzgl. des Kindergelds für Zuwandererfamilien aus Südosteuropa: „„ Eine Drohkulisse, die die Stadtgesellschaft weiter spaltet nutzt niemandem. Wir halten es für sinnvoll, sich einmal genauer die Fakten anzuschauen. Alle Sozialleistungen, die Kinder beziehen, die noch in ihrem Heimatland leben, dort Anspruch auf Kindergeld oder anderen Kindersozialleistungen erhalten, wird mit dem deutschen Kindergeld anteilig verrechnet, so die Freizügigkeitsvereinbarungen der EU. Die Mehrheit dieser Kinder aus Rumänien oder Bulgarien, die Kindergeld beziehen, **leben hier**.

Ein Beispiel: Im Juni 2018 bezogen rund 119.362 rumänische Kinder in Deutschland Kindergeld und davon nur 18.855 in Rumänien lebende Kinder (Bericht aus dem Bundesfinanzministerium).

Das heißt, nach Aussagen des OB aus Duisburg, müssten diese Eltern, deren Kinder in der Heimat verblieben sind, zum großen Teil in Duisburg leben. Das widerlegen auch die eigenen Statistiken der Stadt Duisburg, die allerdings aus 2016/17 stammen.

Außerdem geben die amtlichen Zahlen die Behauptungen gar nicht her: Die Quote der SGB-II-Hilfeleistungen, also Aufstockung von Löhnen, an Menschen aus Rumänien und Bulgarien ist im letzten Jahr gesunken“

Unsere Fraktion hat schon vor Jahren die Stadtverwaltung dazu bewegen können, ein Handlungskonzept für die Integration von Zuwanderern aus Südosteuropa zu erarbeiten. Obwohl wir eine bessere Ausstattung der laufenden Projekte für notwendig halten wir dies immer noch für einen Schritt in die richtige Richtung. Die aktuelle Unterfinanzierung der Kommunen – auch für die dringend benötigten Fördermittel – lässt die Stadt in die Vergeblichkeitsfalle tappen. Duisburg braucht dringend weitere Unterstützung von Bund und EU, um die großen Integrationsvorhaben der nächsten Jahre realisieren zu können.“

Lukas Hirtz, Sprecher DIE LINKE. Duisburg ist erzürnt über die Aussagen von OB Link. „Zwar benennt Sören Link, dass kriminelle Strukturen diese Menschen usnutzen. Er macht aber hier aus Opfern Täter. Er benennt auch ganz klar, dass er Menschen und nicht Probleme bekämpfen möchte, wie er es auch in den letzten Jahren schon getan hat, wenn er die Bundesregierung auffordert explizit etwas gegen Armutsflüchtlinge zu tun. Die sind aber Opfer des legalen und illegalen Kapitalismus. Herr Link ist auch Oberbürgermeister von 19 000 Duisburgern mit rumänischer und bulgarischer Herkunft. Er sollte sich schützend vor sie stellen, was die Aufgabe eines Oberbürgermeisters wäre! Es drängt sich aber die Vermutung auf, dass Sören Link diese Menschen als Karriere Sprungbrett missbraucht und vom Skandal um die Werkstatt für Menschen mit Behinderung abzulenken.“

„Wenn es mehr guten und günstigen Wohnraum in Duisburg gäbe und der Wohnungsmarkt diskriminierungsfrei wäre, dann könnten die Miethaie die Not der Zuwanderer garnicht erst so leicht missbrauchen“, ergänzt Birane Gueye, migrationspolitischer Sprecher der LINKEn „Wir haben in der letzten Ratssitzung eine Integrationskonferenz beantragt. Das haben SPD und CDU mit der Begründung abgelehnt, dass die Verwaltung schon alles nötige täte. Jetzt sagt der Chef der Verwaltung, dass die Stadt mit der Integration überfordert wäre. Das ist schon seltsam. Wir brauchen ein klares Vorgehen, die Menschen die in unsere Stadt kommen zu integrieren, statt zu diskriminieren. Wir brauchen gute Schulen für deren Kinder, einen verbesserten Zugang zum Arbeitsmarkt und Sprachkurse. Hier haben wir aber wenig Engagement von Herrn Link in den letzten Jahren gesehen.“

## **LINKE fordert Aufklärung über die Bezüge der Geschäftsführerin der WfbM**

**PE 7.8.2018**

**DIE LINKE im Rat der Stadt Duisburg kritisiert die hohen Gehaltszahlungen an die Geschäftsführerin der Werkstatt für Menschen mit Behinderung, Frau Rogg.**

Hierzu erklärt die Fraktionsvorsitzende Martina Ammann-Hilberath: „Die horrenden Bezüge der Geschäftsführerin in Höhe von 340.000 € jährlich sind nicht hinnehmbar. Es ist moralisch sehr verwerflich, dass eine Person, deren fachlichen Qualitäten nicht zur Disposition stehen, diese überzogenen Gehaltsforderungen durchgesetzt hat. DIE LINKE hat schon mehrfach im Rat gefordert, dass es eine Obergrenze von 300.000 € bei den Bezügen der Geschäftsführer der städtischen Beteiligungsgesellschaften geben muss. Im Falle einer gemeinnützigen Werkstatt für Menschen mit Behinderung müssen diese Bezüge natürlich noch deutlich niedriger angesetzt werden. Vor allem vor dem Hintergrund, dass die Beschäftigten mit einer Behinderung nur ein Minimalgehalt erhalten, welches nicht ansatzweise den Bedarf deckt und durch Transferleistungen aufgestockt werden muss. Der Arbeitsmarkt ist so ausgestaltet, dass u.a. durch steigende Arbeitsbelastung in den Betrieben die Zahl der Beschäftigten mit psychischen Erkrankungen ansteigt. Auch die Sanktionspolitik der Jobcenter treibt immer mehr Menschen in die Armut. Die Betroffenen können dann teilweise nur noch in den geschützten Umgebungen einer Werkstatt arbeiten. Wenn diese dann mit Minimalgehältern abgepeist werden, erscheint das hohe Gehalt der Geschäftsführerin nochmals zynischer.“

Unmittelbar vor der außerordentlichen Sitzung des Aufsichtsrats fordert der Sprecher des Kreisverbandes der LINKEN, Lukas Hirtz:

„Jetzt muss lückenlos aufgedeckt werden welche Rolle der Aufsichtsrat bei den Gehaltsentscheidungen gespielt hat. Hier wurde anscheinend über Jahre schlampig gearbeitet. Wenn ein Aufsichtsrat über Jahre nicht weiß wie viel Gehalt die eigene Geschäftsführerin kassiert, dann wurden hier gegebenenfalls die Aufsichtsratspflichten verletzt.

Wir verlangen, dass sich alle Beteiligten vollumfänglich zu den Vorwürfen äußern und dann die entsprechenden Konsequenzen gezogen werden. Die Werkstatt für Menschen mit Behinderungen ist eine überaus wichtige Institution in Duisburg. Es muss alles getan werden, um Schaden von ihr abzuhalten.“



## **DIE LINKE kämpft gegen KiTa-Beiträge**

**PE vom 2.8.2018**

**Momentan ist die Debatte um die KiTa-Beiträge in vollem Gange. Berlin hat als erstes Bundesland nun die KiTa-Beiträge abgeschafft. Bodo Ramelow hat für Thüringen die gleiche Marschrichtung vorgegeben und wichtige Schritte in Richtung KiTa-Beitragsfreiheit umgesetzt. Dies zeigt, dass es in Ländern mit Regierungsbeteiligung der Partei DIE LINKE durchaus möglich ist sozial gerechte Politik umzusetzen.**

Hierzu erklärt Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion DIE LINKE: „Die KiTa-Beiträge in Duisburg gehören mit Spitzenbeiträgen von über 600 € (bei einem Haushaltseinkommen ab 75.000 € und einer Betreuungszeit von 45 Stunden) zu den höchsten in ganz NRW. Schon bei einem Haushaltseinkommen ab 16.000 € sind bis zu 60 € Monatsbeiträge fällig. Keinen Einfluss hat die Anzahl der Personen, die von dem Haushaltseinkommen leben müssen, sodass es auch bei einem scheinbar relativ hohen Einkommen zu enormen Belastungen durch die KiTa-Beiträge kommen kann.

Familien mit geringem Haushaltseinkommen werden durch KiTa-Beiträge überproportional belastet. Der Anteil des zur Verfügung stehenden Einkommens, der für KiTa-Beiträge gezahlt werden muss, ist bei Haushalten, die unterhalb der Armutsgrenze leben, fast doppelt so hoch wie bei Haushalten die finanziell gut aufgestellt sind. Dies hat wiederum zur Folge, dass es Kinder aus Familien mit niedrigem Einkommen gibt, die aus Kostengründen keine KiTa besuchen. (Quelle: Bertelsmann-Stiftung)

Es sind allerdings jedoch genau diese Kinder aus den Familien mit geringem Haushaltseinkommen, die besonders von einem KiTa-Besuch profitieren und die in der Folge eine bessere Erfolgschance in der Schule und somit auch auf dem Arbeitsmarkt hätten. (Quelle: Studie Londoner University College und RWI-Leibniz-Institut)

Kinder aus Familien mit geringem Haushaltseinkommen werden durch KiTa-Beiträge also massiv benachteiligt, die soziale Spaltung wird verstärkt und Armut über Generationen weitervererbt. Die KiTa-Beiträge abzuschaffen, muss also Ziel jeder sozial orientierten Politik sein.

Vor diesem Hintergrund haben wir im Rat der Stadt Duisburg beantragt, dass der OB sich gegenüber Bund und Land dafür einsetzen soll Einnahmeausfälle zu kompensieren und somit eine Kita-beitragsfreie Stadt Duisburg zu ermöglichen.

Leider sehen SPD und CDU diese Notwendigkeit nicht und haben unseren Antrag kategorisch abgelehnt.

DIE LINKE wird trotzdem weiter für eine komplette KiTa-Beitragsfreiheit kämpfen. Wir werden den Druck auf SPD und CDU weiter hoch halten.“

# JULI 2018



**DIE LINKE kämpft konsequent gegen Armut**

**PE vom 27.7.2018**

Angesichts der neuen Zahlen aus dem „Keck-Atlas“ sieht sich die Ratsfraktion DIE LINKE in ihrer Fokussierung auf das Thema Armut bzw. Kinderarmut bestätigt. DIE LINKE begrüßt es, dass der Aspekt der „sozialen Segregation“ stärker in den Fokus gerückt wird.

Hierzu erklärt Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion DIE LINKE. Duisburg: „Seit Jahren schon hat das gesamte Ruhrgebiet und insbesondere Duisburg mit enorm hoher Kinderarmut zu kämpfen. Allerdings muss immer deutlich gemacht werden, dass Kinderarmut auch immer Elternarmut bedeutet, also ein generelles Armutsproblem besteht. Die geringen Aufstiegschancen, die im Grunde das gesamte Bundesgebiet kennzeichnen, sorgen dafür, dass aus armen Kindern arme Erwachsene werden – und damit auch oft arme RenterInnen. Alleine in Marxloh und Hochfeld liegt die SGB II-Quote von Kindern im Grundschulalter bei 49,4% bzw. 51,3%. Dies sind alarmierende Zahlen, die umgehenden Handlungsbedarf erforderlich machen.“

Wir sind vor diesem Hintergrund sehr froh, dass unsere Fraktion es in der letzten Sitzung des Sozialausschusses geschafft hat, eine Mehrheit für unseren Antrag zur Einrichtung eines Runden Tisches gegen Kinderarmut zu erreichen. Dieser Runde Tisch kann ein Baustein sein, um Kinderarmut langfristig in Duisburg zu bekämpfen. Nichtsdestotrotz muss immer deutlich gemacht werden, dass es um eine grundsätzliche Armutsbekämpfung gehen muss. Es bedarf neben vielen anderen Maßnahmen primär der Abschaffung des Hartz IV-Systems und der Einführung einer sanktionsfreien Mindestsicherung sowie der Erhöhung des Kindergeldes auf 328 € ohne Anrechnung auf den Hartz IV-Satz.

Eine weitere bittere Konsequenz der Armut in Duisburg ist die in der Studie angesprochene soziale Segregation. Durch den enormen Rückgang der Sozialwohnungen (minus 33,5% zwischen 2008 und 2016), speziell in den finanzstärkeren Stadtteilen, verstärkt sich die Konzentration bestimmter Gruppen auf einzelne Stadtteile immer mehr. Dieser Effekt wird durch steigende Mieten zusätzlich verstärkt. DIE LINKE fordert daher nach wie vor die deutliche Ausdehnung des sozial geförderten Wohnungsbaus. Wir bleiben bei unserer Forderung, dass es zukünftig bei allen Neubauprojekten einen flexibel auszuhandelnden Anteil an Sozialwohnungen in Höhe von mindestens 20 – 25 % geben muss. Dies fördert die soziale Durchmischung in der Stadt und ist ein wichtiger Schritt, um die Armutskonzentration und die Verfestigung von Armut in Duisburg zu reduzieren.“



## **Jedes Schlagloch ist eine schwarze Null!**

**PE vom 11.7.2018**

### **Linksfraktion sieht Sparpolitik als Grund für tägliche Ärgernisse mit Schlaglöchern**

„Schlaglöcher sind die direkte Folge der vorherrschenden Haushaltsideologie“, erklärt Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Duisburger Linksfraktion. „Hauptverursacher ist die Bundesebene, die die Kommunen nicht mit ausreichend Finanzmitteln ausstattet, um ihre Infrastruktur aufrecht zu erhalten. Wenn der Bund die Reichen nicht zur Kasse bittet, gleichzeitig aber die schwarze Null halten will, geht das zu Lasten der Städte und damit der Bürgerinnen und Bürger. Der Sparwahn, Austerität genannt, regiert aber auch im Duisburger Rathaus. Die Stadt hat zwischen 2011 und 2017 gut 140 Mio. € an Anlagevermögen im Straßennetz verloren, weil die Investitionen zur Aufrechterhaltung der Straßen nicht getätigt werden konnten.“

Im Jahresabschluss der Stadt Duisburg betrug das „Anlagevermögen Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen“ am 31.12.2011 noch 874.229.712 Euro am 31.12.2017 dagegen nur



noch 731.721.003 Euro. Dieser Wertverlust geschieht durch die Abnutzung der Straßen, wenn es keine jeweiligen Sanierungsmaßnahmen gibt. Auf Anfrage der Linksfraktion musste die Stadtverwaltung bestätigen, dass im Jahr 2017 rund 20% der Straßen in einem schlechten, bis sehr schlechten Zustand sind.

„Wir loben die Aktivitäten der Schlaglochjäger, die aktiv Schlaglöcher suchen und melden, sowie die Wirtschaftsbetriebe, die gemeldete Schlaglöcher schnell verfüllen. Das sind aber nur Provisorien, die die Probleme nicht lösen“, so Rainer Rensmann, für die Linksfraktion im WSV-Ausschuss. „Die Straßen wieder auf einen dauerhaft vernünftigen Zustand zu bringen, würde vorsichtig geschätzt 280 Mio. € kosten. Wir müssen aber auch darüber reden die Straßen zu entlasten. Das heißt mehr Güter auf Schiene und Wasser. Das heißt auch, mit größeren Anstrengungen den Fahrradverkehr zu fördern und den Nahverkehr auszubauen. Wir würden es unterstützen, wenn mehr Menschen in der Stadt bei diesen Themen aktiv werden, wie die Schlaglochjäger in Rheinhausen.“



## **Mittlerweile mehr als zwei Zwangsräumungen pro Tag in Duisburg**

### **PE vom 5.7.2018**

Auf eine Anfrage der Linksfraktion im Rat teilte die Verwaltung mit, dass im Jahr 2017 in Duisburg 785 Wohnungen zwangsgeräumt wurden. Damit stieg die Anzahl der durchgeführten Räumungen im Vergleich zu 2015 um 75 Fälle an. Besonders brisant: In 139 Fällen waren Familien mit Kindern von Zwangsräumungen betroffen. Bei 90 % der Räumungsfälle sind Mietrückstände die Ursache.

Für die sozialpolitische Sprecherin Carmen Hornung-Jahn ein unerträglicher Zustand: „Es ist ein Armutszeugnis für die Stadt, dass jeden Tag in Duisburg zwei Wohnungen geräumt und ganze Familien mit Kindern aus ihrem Zuhause vertrieben werden. Alarmierend ist vor allem der Anstieg von Zwangsräumungen um 10 % im Vergleich zu 2015.“

„Der auf Bundesebene durch die regierenden Parteien SPD, Grünen, FDP und CDU vorangetriebene Abbau des Sozialstaates in den vergangenen 20 Jahren hat zu einer massiven Zunahme von prekären Lebenslagen, sozialer Ausgrenzung und Unsicherheit geführt, wodurch sich die Anzahl von Überschuldungen, Stromsperren und Zwangsräumungen in Duisburg dramatisch verschärft hat. Wohnen ist ein Menschenrecht, deshalb müssen Zwangsräumungen endlich verboten werden“, so Hornung-Jahn.

Hornung-Jahn weiter: „So wünschenswert es ist, die Attraktivität der Stadt durch Wohnprojekte wie 6-Seen-Wedau zu steigern, um damit einkommensstarke NeubürgerInnen zu gewinnen, sollten gerade die Mehrheitsfraktionen von SPD und CDU die Verarmung und Verelendung von Teilen der Stadtbevölkerung endlich in den Mittelpunkt ihrer Arbeit rücken. Sowohl der OB Link als auch die Ratsfraktionen stehen hier in der Pflicht gemeinsam Wege zu finden, um Zwangsräumungen zu verhindern.“

# JUNI 2018



## **LINKE entsetzt über Entwicklungen bei The Curve**

**PE vom 29.6.2018**

**DIE LINKE. im Rat der Stadt Duisburg zeigt sich äußerst besorgt über die aktuellen Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Bauprojekt „The Curve“ im Innenhafen.**

Hierzu erklärt Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion: „Die Kostensteigerung und die zukünftigen Unwägbarkeiten bei der weiteren Baureifmachung des Projektes bringen uns als Kommunalpolitiker in eine sehr schwierige Lage. Unser Augenmerk muss jetzt ganz eindeutig darauf liegen, weiteren Schaden von der Stadt und der Gebag abzuwenden, insbesondere nach den Erfahrungen mit dem Küppersmühlen-Desaster. Sowohl ein kompletter Stopp des Bauvorhabens und eine damit verbundene dauerhafte Brache an dieser Stelle, als auch ein finanzielles Fass ohne Boden bei Festhalten am Bauprojekt sind zu verhindern. Wir brauchen einen klaren Fahrplan und vor allem deutlich mehr Informationen, um eine verantwortungsvolle Entscheidung treffen zu können. Aus diesem Grund hat unsere Fraktion in einer Sondersitzung am gestrigen Donnerstag beschlossen, einen Fragenkatalog an die Verwaltung zu stellen, um dringend notwendige Klarheit in das Verfahren zu bekommen. Außerdem werden vor der Ratssitzung noch persönliche Gespräche mit Experten aus der Verwaltung folgen müssen. Abhängig von den bis zur Ratssitzung erlangten Informationen werden wir uns am Montag positionieren. Unabhängig davon ist festzuhalten, dass es absolut inakzeptabel ist, dass wir am Montag rückwirkend über eine Kostensteigerung in Millionenhöhe abstimmen sollen. Eine Sondersitzung des Rates wäre hier das Mindeste gewesen, was man hätte erwarten können. Des Weiteren muss es im Interesse aller sein, alles daran zu setzen, lückenlos aufzuklären, wer die Verantwortlichen dieser neuerlichen Misere sind und der Stadt Duisburg diesen immensen Schaden zugefügt haben.“



**Linksfraktion: „Stadt soll Ökostrom nutzen!“**

**PE vom 7.6.2018**

**Linksfraktion stellt Antrag, dass das IMD auf Öko-Tarife umstellen soll.**

„Der Anteil des Kohlestroms in städtischen Gebäuden ist in den letzten Jahren gesunken, stellt aber immer noch ein Drittel der Gesamtmenge dar. Das muss nicht sein“, meint Lukas Hirtz, umweltpolitischer Sprecher der Duisburger Linksfraktion „Die Stadt hat ein Klimaschutzkonzept aufgestellt, das ehrgeizige Ziele formuliert, aber leider auf zwei Jahre befristet ist. Demnach sollen die CO<sub>2</sub>-Emissionen kommunaler Gebäude von knapp 70.000 auf unter 50.000 Jahrestonnen reduziert werden. Bei einem Wechsel der Tarife für Strom und Gas, wäre ein großer Teil sofort möglich!“

Im letzten Jahr hatte der Stadtrat ein Klimaschutzkonzept mit dem Namen „Duisburg.Nachhaltig“ beschlossen, das über Fördermittel des Landes finanziert wird, die nur zwei Jahr zur Verfügung stehen. Darin gibt es eine Anzahl an Projekten, aber auch Analysen der derzeitigen Situation. So beträgt der Anteil an regenerativen Energien schon über 40%. Das geht aus einer Anfrage der Linksfraktion hervor. In derselben Anfrage wurde nach den Zusatzkosten für eine Umstellung auf Ökostrom und Ökogas gefragt. Diese, so die Antwort der Verwaltung, betragen zusammen rund 38.500€ pro Jahr.

„Die zusätzlichen Kosten durch eine solche Umstellung würden die Ausgaben für Strom, Heizung, Wasser in Gebäuden des IMD lediglich um 0,2% steigern“, erläutert Lukas Hirtz. „An den Gesamtausgaben des IMD, das schwarze Zahlen schreibt, wäre das ein Anteil von gerade einmal 0,002%, also verschwindend gering. Die Kosten können also kein Hindernis

sein. Die Stadt sollte mit gutem Beispiel für Bewohner, aber vor Allem Wirtschaft vorangehen und auf 100% regenerative Energien in ihren Gebäuden setzen. Das könnte der Umweltausschuss schon kommenden Montag beschließen.“



## Linksfraktion: Protest lohnt sich

PE vom 1.6.2018

### Wohnprojekt 6-Seen-Wedau erhält zweite Fußgängerbrücke nach Widerstand durch Bürgerschaft

Die Linksfraktion begrüßt die Entscheidung der Verantwortlichen nun doch eine zweite Brücke zu bauen, um den Ortsteil Bissingheim mit der Wedauer Altsiedlung direkt zu verbinden. Umwege über die nördliche Brücke entfallen dadurch. Zunächst hatten die Planer zwar die gewünschte Brücke aufgenommen, wollten das Projekt aber nicht über die Grundstücksvermarktung mitfinanzieren. Herbert Fürmann, Mitglied im Planungsausschuss, dazu: „Mir ist nicht ganz klar, was bei der Bahnflächenentwicklungsgesellschaft (BEG) zu diesem Sinneswandel geführt hat. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die massiven Proteste seitens der Bürger\*innen - kommunalpolitisch unterstützt durch unsere Fraktion - zu einem Umdenken geführt haben, um das in den vergangenen Monaten zunehmend in die Kritik geratene Leuchtturmprojekt nicht zu gefährden. Das zeigt, Bürgerengagement und Protest kann sich lohnen.“

„Wünschenswert wäre es, wenn auch der geplante Bahnhofpunkt hierher verlagert werden könnte. Dann wäre auch der Schienen-Personen-Nahverkehr sowohl von den beiden Altsiedlungen besser erreichbar als auch das Neubaugebiet besser erschlossen. Da die Bahn hier jedoch bereits Fakten geschaffen hat, bestehen hier kaum Erfolgsaussichten“, so Fürmann.

„Ebenso ist der freie Zugang zum See unabdingbar. Sollte tatsächlich die Wiese am Masureensee entfallen und durch eine (öffentliche) Promenade ersetzt werden, fordern wir für das bisher kostenlose Freizeitvergnügen am See einen adäquaten Ersatz im Duisburger Süden. Wir können die Bürger\*innen nur ermutigen, hier und auch bei anderen Projekten für ihre Interessen einzutreten. Die Brücke hat gezeigt, dass es sich lohnen kann“, bekräftigt Bezirksvertreterin Deniz Edis.

Seit Beginn der Planungen begleitet die Linksfraktion das Wohnprojekt 6-Seen-Wedau kritisch. Wiederholt setzte sich DIE LINKE für mehr Sozialwohnungen beim 6-Seen-Projekt ein und sieht sich angesichts der aktuellen Studie durch das Berliner Wissenschaftszentrum für Sozialforschung in ihrer Forderung bestätigt. In der Untersuchung stellten die Autoren fest, dass die soziale Spaltung zwischen den Stadtteilen in Deutschland rasant zugenommen habe und empfehlen deshalb Neubauten in besseren Wohnlagen immer mit einem signifikanten Anteil von Sozialwohnungen zu versehen.

# MAI 2018

## ◀ Soziale Spaltung in Duisburg beeinträchtigt sozialen Frieden

**PE vom 25.5.2018**

### **Linksfraktion besorgt über zunehmende soziale Segregation in Duisburg**

Die Autoren einer Studie des Berliner Wissenschaftszentrums für Sozialforschung haben 74 deutsche Städte untersucht und dabei festgestellt, dass zum Beispiel Menschen, die von staatlichen Sozialleistungen wie Hartz IV leben, sich zunehmend auf bestimmte Viertel konzentrieren.

Dieser Befund lässt sich auch für Duisburg bestätigen.

Ähnliche Ergebnisse weisen die Daten für die SGB II-Empfänger unter 15 Jahren auf.

Auf der einen Seite haben wir Stadtteile wie Ungelsheim, Baerl, Rahm, Alt-Walsum, Huckingen, Buchholz oder Wedau in Duisburg, in denen die SGB II-Quote und die Quote von SGB II-Empfängern unter 15 Jahren bei niedrigen 2-8% liegen und in den vergangenen 10 Jahren zum Teil deutlich gesenkt werden konnten. Auf der anderen Seite

In den Stadtteilen Hochfeld und Marxloh ist mittlerweile mehr als jedes zweite Kind auf Leistungen von Hartz IV angewiesen.

Besonders dramatisch stellt sich die Entwicklung in

Soziale Sprengkraft birgt. Der soziale Frieden in Duisburg gefährdet ist.

Das Fatale dabei ist, dass die Stadtteile, in denen sowieso schon Großteil der Bewohner von Arbeitslosigkeit betroffen sind, die auf Hartz IV-Leistungen angewiesen sind und eine hohe Überschuldungsquote aufweisen, in den vergangenen Jahren ihre Situ

Sich die soziale Situation weiter deutlich verschlechtert hat

Die Zahlen sind alarmierend

Die Stadt muss sich der zunehmenden Spaltung der Stadtgesellschaft stellen. Auf Dauer wird der soziale Frieden in Duisburg gefährdet. Wir berauben einer ganzen Generation ihre Zukunft. Hier müssen Stadt und Politik handeln.

## ◀ „Mückenplage Symptom für bedenkliches Ökosystem“

**PE 24.5.2018**

### **Linksfraktion bekräftigt Forderungen nach Aufwertung der Umweltthematik**

Seit Anfang Mai gibt es vor allem in den Stadtteilen Rahm und Großenbaum Beschwerden über eine Mückenplage.

„In einem funktionierenden Ökosystem wird die Mückenpopulation durch Fressfeinde klein gehalten“, erklärt Lukas Hirtz, umweltpolitischer Sprecher der Duisburger Linksfraktion. „Wenn es nun im Duisburger Süden zu einer Explosion der Mückenpopulation kommt, hängt das auf der einen Seite mit dem Klimawandel zusammen, auf der anderen

Seite zeigt es uns, dass die natürlichen Fressfeinde der Mücken hier keinen geeigneten Lebensraum finden. Eine naturnahe Gestaltung der Gewässer ist deshalb wichtig für die Lebensqualität in unserer Stadt.“

„Während sich Mücken in fast allen Gewässern vermehren können, benötigen ihre Fressfeinde eine bestimmte Flora in den und um die Gewässer. Wenn bei der Gestaltung der Gewässer darauf geachtet wird, dass sich diese Arten niederlassen können, könnte das Ausmaß von Mückenplagen in Zukunft verringert werden.

Die Zunahme der Mücken ist aber auch ein Zeichen für schlechte Wassergüte, da die Nahrungskonkurrenten der Mückenlarven, wie die zu den Kleinkrebstierarten zählende Daphnien, gute Wasserqualität benötigen. Besonders in Zeiten des Klimawandels werden über Winter die Bestände der Mücken nicht mehr so stark dezimiert. Umso wichtiger ist es, dass die Ökosysteme geschützt und verbessert werden. Die Betonierung des Masurenstrands würde sich hier negativ auswirken. Und ob eine Mückenplage ein gutes Verkaufsargument für Häuser im 6-Seen-Wedau ist, ist fraglich.“



## **DIE LINKE begrüßt die Aufhebung des Alkoholverbots durch das Verwaltungsgericht Düsseldorf**

**PE vom 23.5.2018**

„Wir haben frühzeitig auf die unsichere Rechtslage hingewiesen und sehen uns in dem Urteil des Verwaltungsgerichts Düsseldorf bestätigt“, so Fraktionsvorsitzende Ammann-Hilberath. Zuletzt kritisierte die Linksfraktion in der Ratssitzung am 5.3.2018 die Verlängerung des Alkoholverbots bis 2021 und brachte ihr Unverständnis darüber zum Ausdruck, warum die Verwaltung jetzt eine dreijährige Verlängerung wolle, obwohl das beim Verwaltungsgericht anhängige Klageverfahren voraussichtlich im Mai entschieden werde. Schließlich gebe es schon Urteile, die den Klägern gegen Alkoholverbote Recht gegeben hätten, so Ammann-Hilberath in der vergangenen Ratssitzung.

„Das Alkoholverbot in der Innenstadt war von Anfang an ein Weg in die falsche Richtung. Soziale Probleme mit ordnungspolitischen Maßnahmen lösen zu wollen und mit konstruierten Gefährdungslagen zu begründen, kann nicht der richtige Weg sein. Für dieses Vorgehen haben die SPD- und CDU-Fraktion nun höchstrichterlich die Quittung erhalten. Mit Verboten und durch Verdrängungen können derart komplexe Probleme nicht gelöst werden“, so Ammann-Hilberath weiter.

„Wir haben die Entscheidung für ein Alkoholverbot in der Innenstadt grundsätzlich für überzogen gehalten, weil es jetzt schon genügend Möglichkeiten für Polizei und Ordnungsamt gibt, um für die öffentliche Ordnung zu sorgen. SPD und CDU betreiben puren Aktionismus, um angeblich die Lebens- und Einkaufsqualität in der Innenstadt zu verbessern. Wenn wir aber mehr Geld für Suchthilfe und -prävention sowie Streetworker fordern, verschließt sich die Koalition regelmäßig.“

Die Menschen, nicht nur die Szene haben erwartungsgemäß in der Innenstadt weiter öffentlich Alkohol genossen und wurden gleichfalls kriminalisiert. Abgesehen davon, dass es zur normalen Alltagskultur gehört, dass in der Öffentlichkeit etwa mal ein Feierabendbier getrunken wird, können es sich auch immer weniger Menschen dieser Stadt mehr leisten in Gaststätten Alkohol zu konsumieren. Gleichfalls wurden Ordnungsamt und Polizei mit Lappalien weiter belastet. Sören Link, SPD und CDU wollten die Freiheitsrechte der Menschen beschneiden und wurden nun gerichtlich zurechtgewiesen.“



## „Trauerspiel Sanktionen in Duisburg“

PE 14.5.2018

### Linksfraktion alarmiert angesichts der gestiegenen Unterbeschäftigung und Sanktionsquote

„Die Jubelmeldungen angesichts der minimal gesunkenen Sanktionszahl können wir nicht nachvollziehen“, kritisiert Ratsfrau Carmen Hornung- Jahn (LINKE) die aktuellen Zahlen der Arbeitslosenstatistik. „In den letzten zwei Jahren ist die Arbeitslosigkeit in Duisburg minimal gesunken. Das kann als statistische Schwankung angenommen werden. Dagegen ist die Unterbeschäftigung in Duisburg gestiegen. Die Tricks, um Menschen aus der Statistik zu nehmen, sind hinlänglich bekannt. Hinzu kommt, dass neu vergebene Jobs meist befristet, in Leiharbeit und im Niedriglohnsektor sind. Wir brauchen dagegen einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor und die Stadt muss endlich ihre unbesetzten Stellen besetzen, sowie neue schaffen, denn in ihrem Getriebe quietscht es überall aufgrund von Personalmangel.“

Die Arbeitsagentur hatte sich in der Presse positiv darüber geäußert, dass die Zahl der Sanktionen um ca. 1% gesunken sei. Die Linksfraktion bezieht sich hierbei auf die offiziellen Zahlen der Agentur für Arbeit der letzten zwei Jahre.

(<https://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Statistik-nach-Regionen/BA-Gebietsstruktur/Nordrhein-Westfalen/Duisburg-Nav.html>)

„Wenn die Arbeitsagentur nun die gesunkenen absoluten Zahlen bei den Sanktionen hervorhebt, ist das Augenwischerei“, so Hornung-Jahn weiter. „Auf 1000 Erwerbslose ist die Zahl der Sanktionen von 548 auf 555 gestiegen. Der Hinweis, dass lediglich 5% der ALG-II Abhängigen die knapp 18.000 Sanktionen erhielten, zeigt doch nur noch deutlicher, dass Sanktionen ein großes Hindernis für die Integration auf dem Arbeitsmarkt darstellen. Sanktionen sind schwere Schläge für die Betroffenen und erschweren einen geregelten Tagesablauf und damit eben auch die Arbeitssuche. Wir fordern ein Sanktionsmoratorium. Das würde den Menschen wirklich helfen und zeigen, dass Sanktionen für Betroffene und Gesellschaft schädlich sind.“



## DIE LINKE solidarisiert sich mit BürgerInnen und Angestellten der Stadt

PE vom 4.5.2018

**DIE LINKE stellt sich in der kommenden Ratssitzung klar an die Seite der engagierten Bürgerschaft und des Personals der Stadt Duisburg.**

Hierzu erklärt Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion: „In der kommenden Ratssitzung können wir in einigen Bereichen durchaus Lob aussprechen, müssen insgesamt jedoch festhalten, dass seitens der Stadtspitze weiterhin keine bürgernahe und transparente Politik gewollt ist. Auch die grundsätzliche Problematik des fehlenden Personals in der Verwaltung fällt uns wieder einmal auf die Füße. Zunächst registrieren wir zu unserem Erstaunen, dass die Verwaltung Forderungen der LINKEN aufnimmt und endlich eine deutliche Ausweitung der Azubi-Stellen realisiert. Hier macht sich der jahrelang Druck des Personalrats, der Belegschaft und unserer Fraktion endlich bezahlt. Nichtsdestotrotz sehen wir eine weiterhin dramatische Unterversorgung mit Personal. Dies wird auch dazu führen, dass eine Rückführung des IMD in die Kernverwaltung, bei gleichbleibendem Personalstand, keinerlei Probleme lösen wird. Deshalb stellt DIE LINKE den Antrag, den Aspekt der Personalgewinnung explizit in die zu erstellenden Gutachten einzubeziehen.“

Weitergeführt wird aus Sicht der Linksfraktion leider die weitest gehende Missachtung der Umwelt- und Bürgerinteressen bei der Planung neuer Bauprojekte. Hier wird sich DIE LINKE deutlich kritisch positionieren und sich an die Seite der Bürgerinnen und Bürger stellen.

Hierzu erklärt Erkan Kocalar, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der Ratsfraktion: „In der Ratssitzung gibt es im Bereich der Stadtentwicklung Projekte, die wir nicht akzeptieren können. Die Baumaßnahme am ehemaligen Hornitex-Gelände ist abzulehnen, da hier ein Landschaftsschutzgebiet teilweise in ein Gewerbegebiet umgewandelt wird und gleichzeitig das angrenzende Naherholungsgebiet seine Funktion verliert. Des Weiteren müssen wir auch die Flächennutzungsplanänderung in Huckingen ablehnen. Diese ist ein Teil des Projektes ‚Am Alten Angerbach‘, das wir immer abgelehnt haben, da auch hier ein Naherholungsgebiet zerstört wird, um hochpreisigen Wohnraum zu schaffen. Abschließend wird unsere Fraktion der Nutzung der Fläche nordwestlich des Kreisels Kaßlerfeld zur Baustelleneinrichtung im Zuge des Brückenneubaus des Oberbürgermeister-Karl-Lehr-Brückenzuges nicht zustimmen. Hier wird eine wichtige Waldfläche zerstört. Natürlich begrüßen wir den Bau der neuen Brücke, die absolut notwendig ist, aber die Verwaltung ist hier in der Pflicht andere Alternativen zur Umsetzung zu prüfen. Nach der Abschaffung der Baumschutzsatzung darf nicht weiter gnadenloser Kahlschlag der so wichtigen Duisburger Grün- und Waldflächen betrieben werden. Viele Duisburgerinnen und Duisburger sind erbost über das Vorgehen der Stadtspitze. DIE LINKE steht klar an der Seite dieser Bewegungen.“

# APRIL 2018

## Ausbau Ruhrradweg

PE 23.4.2018

**Die Fraktion DIE LINKE begrüßt den geplanten Ausbau der Radwegeverbindung am Ruhrdeich von der Max-Peters-Straße bis zur Stadtgrenze Mülheim an der Ruhr. Hier soll der bestehende viel zu schmale Radweg wie schon auf dem fertig gestellten Abschnitt von der Ruhrschleuse bis zur Max-Peters-Straße verlegt und erweitert werden.**

Hierzu erklärt Herbert Fürmann, für DIE LINKE im Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Verkehr: „Wir bedauern allerdings, dass der Beirat der unteren Landschaftsbehörde die ursprünglichen Planungen eines Weges durch die Ruhraue abgelehnt hat. Offenbar mag man dort keine Radfahrer. Radfahrer will man seitens des Beirats nicht im Naturschutzgebiet haben, da spricht der Beirat von

„Kirmes‘. Freilaufende Hunde, die Tiere in der Auenlandschaft aufschrecken und jagen scheinen dagegen nicht zu stören. Das verstehe wer will!“, so der Radverkehrsfachmann, der auch Sprecher des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs ist, weiter.

Dass der straßenbegleitende Weg wie geplant verlegt werden soll, findet bei den LINKEN Zustimmung. Vor allem, weil er jetzt asphaltiert (und nicht wie in der Ursprungsfassung wassergebunden) werden soll. Auch die Querungshilfe in Höhe der A 59 wird sehr begrüßt, auch wenn leider noch nichts über die Ausgestaltung ausgesagt wird.

Weiterhin erklärt Fürmann: „Im Rahmen der weiteren Planung und Umsetzung hätten wir als DIE LINKE aber gerne auch einige weitere Punkte berücksichtigt. So beantragen wir eine weitere Querungshilfe in Höhe der Max-Peters-Straße für Radfahrer, die vom Innenhafen zum Ruhr(tal)-Radweg fahren wollen. Eine weitere Querungsmöglichkeit soll in Höhe der Einmündung zur Werthacker-Siedlung errichtet werden. Das ist nicht nur für den Radverkehr besser als eine ‚fahrradfreundliche Aufwertung des vorhandenen Treppenturms an der Brücke Schwiesenkamp‘ mit einer Schiebehilfe, sondern erleichtert auch den Bewohnern der Werthacker-Siedlung den Zugang zur Ruhraue. Hier führt außerdem auch heute schon eine andere touristische Radroute entlang, die ‚1000 Feuer Route‘. Weiterhin möchte DIE LINKE im Bereich der Rad- und Fußquerungen auf dem Ruhrdeich das Tempo auf 50 km/h reduziert wissen und fordert den Ausbau des Wegebelaags bis zur tatsächlichen Stadtgrenze zu Mülheim östlich der vielen Eisenbahnbrücken sowie eine Ausweisung eines kombinierten Rad- und Gehwegs entlang des Ruhrdeichs.“

## **DIE LINKE Duisburg und Ratsfrau Britta Söntgerath beschließen Zusammenarbeit**

**PE vom 17.4.2018**

Die Teams der Ratsfraktion DIE LINKE Duisburg und Ratsfrau Britta Söntgerath und weitere Mitstreiter werden zukünftig im Rat der Stadt und den Ausschüssen inhaltlich kooperieren und Themen miteinander abstimmen. Es gibt inhaltliche Schnittmengen zwischen beiden Partnern und der Beschluss zur Zusammenarbeit ist daher ein konsequenter Schritt von dem alle profitieren können. Am vergangenen Mittwoch, den 11.4.2018, machte die Mitgliederversammlung der Linken mit großer Mehrheit den Weg für diese Zusammenarbeit frei. Vereinbart wurde eine Zusammenarbeit für ein halbes Jahr. Danach soll evaluiert werden, wie gut die Kooperation funktioniert hat.

Ratsfrau Britta Söntgerath unterstreicht: „Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit DIE LINKE Duisburg. Gemeinsam können wir unsere politischen Ziele kombinieren und uns stärker für die Duisburgerinnen und Duisburger einsetzen.“

Kreissprecher Lukas Hirtz: „Durch enge Zusammenarbeit können wir mehr für die Menschen der Stadt bewegen. Wenn die größte Opposition von links kommt, können wir dem Rechtsruck mit seinen schlimmen Auswirkungen für die Menschen noch mehr entgegensetzen.“

Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion DIE LINKE, sieht die künftige Zusammenarbeit im Rat positiv: „Es gab schon lange viele Übereinstimmungen. Wenn wir die Zusammenarbeit nun noch enger koordinieren, können wir unseren Einfluss auf die aktuelle Stadtpolitik, die an den sozialen Interessen und Sorgen der Menschen vorbeigeht, weiter ausbauen.“



## Rückführung des IMD in die Kernverwaltung

PE vom 13.4.2018

**Die Ratsfraktion DIE LINKE begrüßt die Entscheidung eine Wiedereingliederung des IMD in die Stadtverwaltung prüfen zu lassen, macht jedoch deutlich, dass für eine erfolgreiche Neuaufstellung des Immobilienmanagements in der Kernverwaltung wichtige Kriterien erfüllt sein müssen.**

Hierzu erklärt Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion: „Die Prüfung der Wiedereingliederung des IMD in die Verwaltung entspricht unseren langjährigen Forderungen. Wir sind der Meinung, dass ausgegliederte Teile wie das IMD zurück in die Kernverwaltung gehören und privatisierte Unternehmen wie z.B. das Klinikum rekommunalisiert werden müssen. Dadurch steigert sich die demokratische Kontrolle und es findet eine langfristige Orientierung auf das Gemeinwohl statt. Ohne Profitorientierung verbessert sich die Situation der gesamten Stadt Duisburg.

Beim IMD ist eine Änderung längst überfällig. Seit Jahren erreichen uns Beschwerden über fehlende Ansprechpartner, langwierige Entscheidungsphasen, nicht zufriedenstellende Reparaturarbeiten etc. DIE LINKE macht allerdings deutlich, dass dies nicht an den vorhandenen MitarbeiterInnen des IMD liegt, sondern an den nicht vorhandenen MitarbeiterInnen. Das Kernproblem war und ist der Personalmangel des IMD, hervorgerufen durch die völlig fehlgeleitete Personalkürzungspolitik der Stadtspitze im Zusammenspiel mit SPD und CDU. Kundennähe, zügige und professionelle Arbeit, transparentes Reparatur- bzw. Gebäudemanagement ist nur möglich, wenn das Personal qualitativ und quantitativ dazu in der Lage ist. Vor diesem Hintergrund sind wir auch der Meinung, dass ein Verschieben des IMD in die Kernverwaltung nur dann erfolgsversprechend ist, wenn die Verwaltung mit dem dringend notwendigen Personal ausgestattet wird. Ein ‚Weiter so!‘ innerhalb der Verwaltung wird die Probleme nicht lösen. Mehr Personal muss her!“

Ergänzend erklärt Erkan Kocalar, stellvertretender Fraktionsvorsitzender: „Neben der inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Thema gibt es wieder einmal ein gravierendes Problem bei den Formalitäten. Zum wiederholten Male erfahren wir aus der Zeitung über das Vorhaben des Oberbürgermeisters. SPD und CDU wurden vorab informiert und haben ihre Stellungnahmen schon abgegeben. Es scheint keinerlei Interesse beim OB zu bestehen auch die anderen Fraktionen zu informieren. Dieses Vorgehen ist unter demokratischen Maßstäben nicht tragbar. Die Ratsfraktion DIE LINKE wird für eine Änderung dieser selektiven Informationspolitik kämpfen.“

## Veranstaltung: Marxloh – Wege aus der Abwärtsspirale

PE vom 13.4.2018

Unter dem Motto „Fraktion vor Ort“ wird die Ratsfraktion DIE LINKE in Zukunft vermehrt in Duisburg unterwegs sein und zu den verschiedensten Themen mit den BürgerInnen ins Gespräch kommen.

Der erste Aufschlag wird am 20.4.18 um 18 Uhr bei der Alevitischen Gemeinde, Wiesenstraße 44, 47169, unter dem Titel: ‚Marxloh – Wege aus der Abwärtsspirale‘, gemacht.

Hierzu erklärt Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion: „Marxloh ist ein Stadtteil mit vielen Facetten. Neben positiven Entwicklungen prägen hohe Arbeitslosigkeit,

Armut und Verschuldung das Bild von Marxloh. Wir wollen uns im Zuge der Veranstaltung die Frage stellen, wo die Ursachen für die prekäre Lage liegen und welche Maßnahmen notwendig sind, um Wege aus der Abwärtsspirale zu beschreiten. Als Grundlage der Diskussion soll u.a. unsere neue Broschüre mit Titel ‚Hochfeld und Marxloh – Wege aus der Abwärtsspirale‘ dienen.“

Für die Linksfraktion werden Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion, Carmen Hornung-Jahn, Ratsfrau aus Hamborn und Mitglied im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit, Herbert Fürmann, Bezirksvertreter aus Hamborn und Christian Kothe, Fraktionsmitarbeiter, teilnehmen.

Eine Veranstaltung in ähnlicher Form wird demnächst auch in Hochfeld durchgeführt.

# MÄRZ 2018

## DIE LINKE will Finanzmittel für Hochfeld und Marxloh sichern

**PE vom 2.3.2018**

**DIE LINKE im Rat der Stadt fordert in einem Antrag, dass bei der Ergänzung der ISEK Hochfeld und Marxloh im Rahmen der Entwicklung von 6-Seen Wedau hohe Arbeitsstandards gelten und weder Finanzmittel noch Personal für die Maßnahmen in Wedau eingesetzt werden, die auch an anderer Stelle in Hochfeld und Marxloh eingesetzt werden könnten.**

Hierzu erklärt Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion: „Das Projekt 6-Seen Wedau wird von der Ratsfraktion DIE LINKE kritisch begleitet. In Duisburg besteht ein hoher Bedarf an neuem qualitativ hochwertigem Wohnraum, der jedoch auch bezahlbar sein muss. DIE LINKE im Rat der Stadt hat das Projekt grundsätzlich positiv aber auch kritisch begleitet und stellt hohe Ansprüche im Rahmen der Realisierung. So fordert DIE LINKE u.a. einen Anteil von 20% bis 25% an gefördertem Wohnraum und einen signifikanten Anteil an barrierefreiem Wohnraum im Planungsgebiet. Außerdem bedarf es einer zweiten Brücke sowie der Sicherstellung der Anbindungen an das Schienennetz und eine wohl durchdachte Bebauung, die sowohl ökologisch als auch städtebaulich zu vertreten ist.

Im Rahmen der aktuellen Planung sollen nun durchschnittlich 300-400 Arbeitsplätze für Menschen mit geringer beruflicher Qualifikation über einen Zeitraum von bis zu 10 Jahren entstehen. Auch für diesen Teilaspekt fordert DIE LINKE die Einhaltung hoher sozialer Standards ein. Hier müssen sozialversicherungspflichtige, tariflich bezahlte, reguläre Arbeitsplätze entstehen. Keinesfalls dürfen hier Menschen mit sogenannter geringer beruflicher Qualifikation ausgebeutet werden, um im schlimmsten Falle als billige Arbeitskräfte ein Luxusviertel für gut verdienende Düsseldorfer aufzubauen. Neben den Kriterien der Stadtentwicklung müssen Arbeitsbedingen gelten, die sozial verträglich sind. Projekte nach dem Vorbild der „Ein-Euro-Jobber“ sind abzulehnen.

Die gesamte Stadt Duisburg hat nach wie vor – und in einem immer besorgniserregenden Maße – mit dramatischer Armut zu kämpfen. Die prekären Verhältnisse in Duisburg sind allerdings ungleich verteilt. Während einige wenige Stadtteile – insbesondere in unmittelbarer Nähe zu Düsseldorf - relativ positive Eckdaten zu verzeichnen haben, entwickeln sich andere Stadtteile seit Jahrzehnten negativ. Spitzenreiter im Ranking der prekären Stadtteile sind Hochfeld und Marxloh. Beide Stadtteile haben

auch in der bundesweiten medialen Berichterstattung schon Aufmerksamkeit erregt und suchen deutschlandweit im negativen Sinne ihresgleichen.

Vor diesem Hintergrund ist es notwendig sicherzustellen, dass keinerlei Finanzmittel oder Personal in die Entwicklung des Projektes 6-Seen Wedau investiert werden, die an anderer Stelle auch den Stadtteilen Hochfeld und Marxloh hätten zu Gute kommen können. Finanzmittel die für strukturschwache Stadtteile zur Verfügung stehen, müssen auch vor Ort verwendet werden und dürfen keinesfalls für anderweitige Projekte verausgabt werden.“

## DIE LINKE fordert Änderungen bei den städtischen Beteiligungen

**PE vom 1.3.2018**

**DIE LINKE im Rat der Stadt Duisburg wird in der kommenden Sitzung des Rates am Montag einen Antrag zu den städtischen Beteiligungen einbringen. Hier geht es in erster Linie um ein transparenteres und demokratischeres Besetzungsverfahren bei den leitenden Positionen und eine Begrenzung der Auswüchse bei den Geschäftsführer- bzw. Vorstandsgehältern. Hierzu erklärt Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion:**

„In der jüngeren Vergangenheit gab es fragwürdige Personalentscheidungen bei städtischen Tochtergesellschaften, die uns wieder einmal dazu bewogen haben mehr Demokratie und Transparenz bei den städtischen Beteiligungen einzufordern. Die kommunalen Unternehmen zeichnen sich, im Gegensatz zu Unternehmen der freien Wirtschaft, dadurch aus, dass sie nicht nur der reinen Gewinnerwirtschaftung dienen, sondern einen öffentlichen Zweck erfüllen müssen. Die kommunalen Unternehmen sollen zur Entlastung des kommunalen Haushaltes beitragen und Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge übernehmen. Das muss in der Zukunft wieder mehr im Vordergrund stehen.

Zunächst einmal ist es besonders wichtig, die Transparenz zu erhöhen und alle politischen Verantwortungsträger und die gesamte Stadtbevölkerung zeitnaher und offener über die Entwicklungen in den Unternehmen in Kenntnis zu setzen. Daher fordern wir, dass spätestens 12 Monate nach dem Ende des Geschäftsjahres der Beteiligungsbericht zu den wichtigsten Beteiligungen der Stadt Duisburg vorgelegt wird.

Des Weiteren fordern wir die Begrenzung der Vorstandsbezüge auf 300.000 € p.a. Da die städtischen Beteiligungen neben ihrer tatsächlichen unternehmerischen Leistung auch einen Ertrag zum Duisburger Haushalt bringen sollen, sind überzogene Vorstandsgehälter zu unterbinden. Bei der steigenden Armut, der hohen Arbeitslosigkeit und des niedrigen Durchschnittseinkommens in Duisburg sind Vorstandsbezüge über 300.000 € pro Jahr weder wirtschaftlich noch moralisch zu rechtfertigen.

Ebenso sollen für die Zukunft intransparente Personalentscheidungen vermieden werden. Ausschlaggebendes Kriterium soll allein die fachliche Qualifikation sein. Aus diesem Grund müssen alle Neubesetzungen in den Vorstandsgremien per öffentliche Ausschreibung erfolgen.

Abschließend fordern wir im Sinne der Gleichberechtigung, dass Aufsichtsräte aber auch Geschäftsführerpositionen paritätisch mit Frauen und Männern zu besetzen sind. Auch 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts sind die Geschäftsführerretagen der Duisburger Eigenbetriebe frauenfreie

Zonen und Aufsichtsräte weit von einer paritätischen Besetzung entfernt. Zur Erreichung einer paritätischen Verteilung sollten Konzepte und Zielvereinbarungen erarbeitet werden.“

# Februar 2018

## DIE LINKE fordert unverzügliche Besetzung der Amtsleiterstellen

PE vom 28.2.2018

### **DIE LINKE im Rat der Stadt Duisburg beantragt eine unverzügliche qualifizierte Besetzung der nicht besetzten Amtsleiterstellen bei der Stadt.**

Hierzu erklärt Binali Demir, personalpolitischer Sprecher der Ratsfraktion: „Die Stadt Duisburg hat seit vielen Jahren mit einer deutlich zu geringen Personaldecke zu kämpfen. Das führt dazu, dass es in den verschiedensten Bereichen der Verwaltung immer wieder zu Engpässen kommt und ein reibungsloser, effektiver und bürgerfreundlicher Arbeitsablauf nicht mehr gewährleistet ist. Zusätzlich werden innerhalb der Verwaltung in naher Zukunft mehrere leitende Stellen vakant (Amt 43, Institut 53-5) oder sind schon seit längerer Zeit unbesetzt (OB-3, Amt 14, 30, 31, 51). Wir fordern daher den Rat auf, die unbesetzten Stellen schnellstmöglich mit qualifiziertem Personal neu zu besetzen.

Die Amtsleiterstellen im Amt 31 (Umweltamt) und Amt 51 (Jugendamt) sind lt. Aussage der Verwaltung seit 2015 bzw. 2016 kommissarisch besetzt. Hier muss nun endlich etwas passieren. Da transparente Informationen notwendig sind, fordern wir die Verwaltung auf, den Rat über den aktuellen Stand der Neubesetzungen zu informieren und darüber Auskunft zu geben, wann die kommissarisch geführten Ämter 31 und 51 wieder besetzt werden.

Laut dem aktuellen Monitoringbericht zum Stellenplan 2018 sind 509 Stellen (Stand 31.12.2017) bei der Verwaltung nicht besetzt. Dies ist im Gegensatz zum Stichtag 31.06.2017 eine nochmalige Verschlechterung um 36 Stellen. DIE LINKE fordert schon seit Jahren eine konsequente Besetzung aller nicht besetzten Stellen. Zuletzt hat DIE LINKE in der Haushaltsdebatte deutlich gemacht, dass die Personalsituation dramatisch ist und unmittelbarer Handlungsbedarf vorliegt. CDU und SPD attestieren sich aktuell selbst, dass sie durch ausgeübten Druck auf den OB die Personalknappheit deutlich bekämpft hätten. Erstens widerspricht dies den aktuellen Zahlen und zweitens verschweigen sie, dass sie es sind, die auf Landesebene seit Jahren durch immer weitere Kürzungsvorgaben den drohenden Kollaps der Verwaltung erst hervorgerufen haben. Sie versuchen Aktionismus zu vermitteln, betreiben aber nichts anderes als Augenwischerei. Die Ratsfraktion DIE LINKE Duisburg wird weiterhin konsequent für eine zukunftsweisende Personalpolitik eintreten und es nicht bei Schaufensteraktionen belassen.“

## Neue GroKo lässt Duisburg im Stich und verfestigt die Armut

PE vom 8.2.2018

Die Linksfraktion Duisburg zeigt sich enttäuscht über die Ergebnisse des Koalitionsvertrages und ist der Ansicht, dass die kommende Legislaturperiode - sollten sich die SPD-Mitglieder mit einer Mehrheit für die Große Koalition aussprechen – weitere vier verlorene Jahre für Duisburg bedeuten. „Der von CDU und SPD ausgehandelte Koalitionsvertrag schreibt den Status quo fort und bedeutet auf Bundesebene ein `Weiter so, wie bisher´ gegenüber den Kommunen“, so die Fraktionsvorsitzende, Martina Ammann-Hilberath.

„Aussagen im Koalitionsvertrag wie: ‚In der letzten Legislaturperiode haben wir die Kommunen in besonderer Weise unterstützt‘, lassen Zweifel daran erkennen, dass CDU und SPD überhaupt noch in der Lage sind und Willens die massiven Probleme wie die Verschuldung der Kommunen, den Sanierungsstau, steigende Mieten, ungleiche Bildungschancen oder die Zunahme von Armut und Ausgrenzung anzugehen.“

Ammann-Hilberath ergänzt: „Aus kommunalpolitischer Sicht sind die ausgehandelten Vereinbarungen ernüchternd und gerade für Duisburg eine Katastrophe. Minimal erhöhte Mittel für den sozialen Wohnungsbau sind lediglich Augenwischerei und nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Selbstverständlichkeiten wie die Einhaltung des Konnexitätsprinzips (wer bestellt, bezahlt) in den Vordergrund zu stellen, was in der Vergangenheit niemals konsequent umgesetzt wurde, sind ein Armutszeugnis. Ein tatsächliches Umdenken bleibt aus.“

Ammann-Hilberath betont, dass die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen in dem Koalitionsvertrag mit keinem Satz erwähnt wird. „Dringend notwendige Reformen wie eine Finanzsteuerreform oder die Einführung eines Entschuldungsfonds werden entweder gar nicht angegangen oder in die Zukunft verschoben.“ So soll eine Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ gebildet werden, die erst einmal bis Mitte 2019 Maßnahmen im Sinne der Hilfe zur Selbsthilfe für Kommunen bzgl. der Altschulden und hohen Kassenkredite prüfen soll.

„Falls ein Entschuldungsfonds überhaupt kommt, werden noch Jahre bis zu seiner Einrichtung vergehen. Wieder einmal werden wichtige Entscheidungen wie die Konsolidierung der kommunalen Haushalte auf die lange Bank geschoben. Hinzu kommt, dass der potentielle Entschuldungsfonds voraussichtlich an Bedingungen geknüpft sein wird. Der Entschuldungsfonds wird damit in der Tradition des Stärkungspaktes liegen und der Stadt weitere schmerzhaft Spar- und Kürzungsbemühungen abverlangen. Alles in allem keine gute Aussichten für Duisburg. Das Ergebnis des Koalitionsvertrages hilft weder bei der Bekämpfung der Armut der Menschen noch bei der Armut der Kommune.“, so Ammann-Hilberath.

# JANUAR 2018

## Linke kritisieren Besetzung der Octeo-Geschäftsführung

PE vom 24.1.2018

Ohne Ausschreibung wurde die Stelle des Octeo-Geschäftsführers mit dem SPD-Fraktions-geschäftsführer Oliver Hallscheid besetzt.

„Auf der einen Seite werden Sören Link, sowie die Fraktionen von SPD und CDU nicht müde uns zu erklären, dass städtische Stellen weder eingerichtet noch besetzt werden können, da es an Geld fehle“, erklärt Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Duisburg. „Auf der anderen Seite wird ein SPDler nun ohne Ausschreibung und erkennbare beruflicher Erfahrung in diesem Bereich zweiter Geschäftsführer der Octeo. Das Jahresgehalt von circa 200.000 € sprengt dabei wieder einmal alle Rahmen. Es ist zynisch, dass hier so viel Geld ausgegeben wird, die Octeo-Mitarbeiter aber in ständiger Unsicherheit und zu einem großen Teil mit niedrigen Löhnen arbeiten müssen. Das Vorgehen bei der Stellenbesetzung ist inakzeptabel. Solch hochdotierte Jobs sollten immer mit Ausschreibung besetzt werden. Bei der Neubesetzung des Geschäftsführerpostens bei Duisburg-Kontor soll jetzt angeblich besonderer Wert auf die fachliche Qualifikation und die öffentliche Ausschreibung gelegt werden. Es stellt sich die Frage, warum dies bei der Besetzung der Stelle des Octeo Geschäftsführers, der immerhin für ca. 2000 MitarbeiterInnen verantwortlich ist, anscheinend nicht so wichtig war.“

„Ist das schon die ‚Mission Abendrot‘ der SPD“, fragt sich Lukas Hirtz, Sprecher DIE LINKE. Duisburg. „Bringen hier die SPD-Oberen ihre Schäfchen ins Trockene? Uns scheint es, als würde der SPD klar, dass sie bei den nächsten Wahlen massive Einbrüche zu erwarten hat. Damit können Partei- und Fraktionsapparat nicht mehr so viele Versorgungsposten bereitstellen. Jetzt nutzt die SPD in ihrer Arroganz der Macht, die jetzige Stellung aus, um ihre Leute noch in lukrative Jobs auf Kosten der Stadtkasse zu bringen. Für das Geld könnten viel mehr Fachangestellte in der Verwaltung zum Wohle der Stadt und der Menschen eingestellt werden. Doch wenn wir das verlangen, mahnt die SPD Haushaltsdisziplin an. Die SPD sollte wieder mehr das Wohl der Menschen in der Stadt ins Auge nehmen. Dann könnte sie vielleicht ihre komplette Erosion abmildern.“

## **SPD muss beim sozialen Wohnungsbau Taten sprechen lassen!**

**PE vom 17.01.2018**

Die Ratsfraktion DIE LINKE. Duisburg hat sich als einen Themenschwerpunkt den Bereich „Wohnen“ als wichtigen Bestandteil zur Armutsbekämpfung in Duisburg gesetzt. In diesem Zusammenhang geht es der Linksfraktion in erster Linie um qualitativ hochwertigen und preiswerten Wohnraum sowie die deutliche Ausweitung des sozialen und barrierefreien Wohnraums. Die Wichtigkeit dieses Themas wurde aktuell wieder deutlich durch die Studie der Caritas, die aufgezeigt hat, dass drei Viertel der Deutschen Angst vor dem Verlust der Wohnung und zu hohen Wohnkosten hat. Im gesamten Duisburger Stadtgebiet und insbesondere im Süden der Stadt hat jedoch die Anzahl der Sozialwohnungen dramatisch abgenommen. So hat sich in Duisburg zwischen Ende 2008 und Ende 2016 der Sozialwohnungsbestand um 33,5 % reduziert.

Hierzu erklärt Mirze Edis, wohnungspolitischer Sprecher der Ratsfraktion: „Vor dem Hintergrund einer dramatischen Abnahme der Sozialwohnungen waren wir doch sehr erfreut, dass die SPD im Süden nun eine Verbesserung der Wohnungssituation fordert. Wir begrüßen diese Kehrtwende ausdrücklich und hoffen, dass wir in Zukunft gemeinsam mit der SPD den sozial geförderten Wohnraum in Duisburg deutlich ausweiten können. Allein es fehlt uns die Vorstellungskraft, dass diesen Worten auch Taten folgen. Zur Erinnerung: Genau in den kürzlich von der SPD im Süden angesprochenen Neubaugebieten hat DIE LINKE immer wieder für mehr sozialen Wohnraum gekämpft, was die SPD mit erstaunlicher Regelmäßigkeit abgelehnt hat. So haben wir für das Neubaugebiet in Wedau-Bissingheim eine Ausweitung des Anteils der Sozialwohnungen auf 20 – 25 Prozent gefordert. Dies hat die SPD klar abgelehnt.“

Ebenso haben wir die geplante Bebauung am Alten Angerbogen abgelehnt. Einer der Kritikpunkte war der fehlende soziale Wohnungsbau. Auch hier sah die SPD keinen Nachbesserungsbedarf. Vor diesem Hintergrund haben wir die Befürchtung, dass die SPD auch in Zukunft in vorauseilendem Gehorsam ihrem Kooperationspartner CDU entgegenkommt und den sozial geförderten Wohnraum in Duisburg weiter schwächen wird. Nichtsdestotrotz bleibt DIE LINKE optimistisch und wird im Rat weiter für Sozialwohnungen kämpfen und hofft, dass die SPD Wort hält. Bitter nötig wäre es vor allem für Duisburger MieterInnen mit niedrigem Einkommen.“

## **Linksfraktion kritisiert Diskriminierung muslimischer Mütter**

### **PE vom 4.1.2018**

Der Sportverein BSF Hamborn 07 Top Fit verwehrte einer Mutter, die ihre vier und sechsjährigen Kinder zum Tanzunterricht begleiten wollte, mit den Worten „Kein Zutritt mit Kopftuch“ den Zugang zu den Räumlichkeiten des Vereins.

Mit deutlichen Worten kritisiert die Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Duisburg das Verhalten des Sportvereins und zeigt sich besorgt darüber, dass diskriminierendes und rassistisches Verhalten mittlerweile bis weit in die Mitte der Gesellschaft hineinreicht. „Die Religionsfreiheit ist ein hohes Gut und ein zentraler Aspekt unserer Werte. Gerade in einer Stadt wie Duisburg, in der Menschen aus 160 Nationen zusammenleben. Seit 2016 ist Duisburg auf Initiative der Linksfraktion Teil der Unesco-Städtekoalition gegen Rassismus und setzt sich daher in besonderem Maße für eine tolerante und vielfältige Stadt ein. Es gibt keinerlei rechtliche Grundlage einer Muslime mit Kopftuch den Zutritt zum Sportverein zu untersagen“, so der migrationspolitische Sprecher der Linksfraktion, Mirze Edis.

Mirze Edis macht darauf aufmerksam, dass Sport für Integration, Zusammenhalt und respektvollen Umgang miteinander steht. „In dem 2013 geschlossenen Pakt für den Sport zwischen der Stadt Duisburg und dem Stadtsportbund Duisburg verpflichteten sich die Beteiligten in der Präambel darauf, dass der Zugang zum Sport für Menschen mit Migrationshintergrund verbessert werde und die Werte des Sports, wie Fairness und partnerschaftlicher Umgang miteinander, zu respektieren und zu achten seien.“

Sportvereine übernehmen eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe für die Integration und den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft. Vereine, die Zuschüsse von der Stadt bekommen, verpflichten sich gleichzeitig integrativ zu wirken. Wir erwarten von den Verantwortlichen des Vereins sich von derartigen Ausgrenzungen und Diskriminierungen zu distanzieren. Die Fraktion zeigt sich besorgt, dass der Vereinsvorsitzende das Verhalten seiner Mitarbeiter erneut öffentlich bekräftigte und hält eine Entschuldigung für angebracht.

## **NOVEMBER 2017**

### **Linksfraktion lehnt Beteiligung an ÖPP-Gesellschaft ab**

## PE vom 24.11.2017

In der kommenden Ratssitzung am Montag entscheiden die Ratsmitglieder darüber, ob die Stadt Duisburg Geschäftsanteile an der Gesellschaft „Partnerschaft Deutschland – Berater der öffentlichen Hand“ erwirbt. Die Partnerschaft Deutschland wurde initiiert von Vertretern der Finanzbranche mit dem Ziel die öffentliche Infrastruktur zu privatisieren und damit neue Gewinnperspektiven für Konzerne und Banken zu Lasten der öffentlichen Hand zu erschließen.

Hierzu erklärt Martina Ammann-Hilberath, Fraktionsvorsitzende der Ratsfraktion DIE LINKE. Duisburg: „Die Stadt könnte bei einer Beteiligung die Beratungs- und Managementleistungen der PD in Anspruch nehmen, die wiederum darauf ausgerichtet sind Investitionen mittels öffentlich-privater Partnerschaften in Duisburg umzusetzen. Damit eröffnet die Stadt Privatisierungen der Infrastruktur Tür und Tor in Duisburg.“

Wir lehnen die Beteiligung entschieden ab und fordern die Mitglieder des Rates dazu auf der Beschlussvorlage nicht zu zustimmen. Wir befürchten, dass zukünftig vermehrt Infrastrukturprojekte wie z.B. Investitionen in Schulen im Rahmen von öffentlich-privaten Partnerschaften umgesetzt werden.

Der Bundesrechnungshof hat immer wieder darauf hingewiesen, dass öffentlich-privat finanzierte Projekte in der Regel deutlich teurer sind. Außerdem trägt die Stadt die wirtschaftlichen Risiken, vor allem im Falle einer drohenden Insolvenz. ÖPP können kaum bzw. nur zu hohen Kosten wieder rückgängig gemacht werden. Hinzu kommt, dass ÖPP-Projekte undemokratisch sind, da sie sich der öffentlichen Kontrolle entziehen. Die Verträge sind sehr komplex und unterliegen der Geheimhaltung.

Nach den Steuersenkungen der letzten Jahrzehnte sind die öffentlichen Haushalte drastisch unterfinanziert. Gleichzeitig wurde die Schuldenbremse verfassungsrechtlich verankert. Die öffentlichen Haushalte werden damit in die Lage versetzt Privatisierungen auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger durchführen zu müssen, um überhaupt noch investieren zu können. Mit ÖPP-Projekten können die öffentlichen Haushalte die Schuldenbremse und die Konsolidierungszwänge umgehen, indem sie Schattenhaushalte bilden. Wir haben es hier also mit einer versteckten Verschuldung zu tun. Diese Politik ist mit uns nicht zu machen.“



## „Schwarz-Gelb spart das Sozialticket kaputt“

### PE 24.11.2017

Die Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Duisburg kritisiert die Kürzung der Landesmittel zum Sozialticket. Im nächsten Jahr sollen 5 Mio. Euro und 2019 weitere 15 Mio. Euro gekürzt werden. Ab 2020 werden keine Mittel mehr zur Verfügung gestellt.

„Wir sehen das Sozialticket durch die geplanten Kürzungen in seinem Bestand gefährdet“, so die Fraktionsvorsitzende im Rat, Martina Ammann-Hilberath. „Das wäre katastrophal, denn allein in Duisburg nutzen circa 7500 Erwerbslose, „Aufstocker“ und Niedriglöhner das Ticket. Es ist absehbar, dass der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) bei einer Kürzung versuchen



wird, weitere Preiserhöhungen bei gleichzeitiger Leistungsminderung durchzusetzen. DIE LINKE hält das Sozialticket mit einem Preis von über 37 Euro schon lange als überteuert. Der Anteil für Mobilität und Verkehr liegt beim Hartz-IV-Satz gerade einmal bei 29 Euro. Und davon sind auch Fahrten außerhalb Duisburgs oder etwa die Unterhaltskosten für ein Fahrrad zu bestreiten.“

Auch der Rat der Stadt Duisburg und die Verbandsversammlung des Regionalverbands Ruhr (RVR) haben sich erst kürzlich auf Initiative der Fraktion DIE LINKE mit großer Mehrheit für den Erhalt des Sozialtickets und der Landeszuschüsse ausgesprochen.

„Die Absicht der Landesregierung macht deutlich, dass die im Koalitionsvertrag verankerte Chancengleichheit für Schwarz-Gelb nur eine Worthülse ist“, so Erkan Kocalar, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der LINKEN im Rat. „Statt Mobilität für alle sicherzustellen, versucht sie über Kürzungen des Etats so wenig Geld wie möglich in die Förderung des ÖPNV fließen zu lassen. Das geht an den Bedürfnissen gerade in Duisburg vorbei.“

DIE LINKE erwartet vom Landtag, dass er die Forderungen aus dem Ruhrgebiet und anderen Kommunen in NRW zur Förderung des Sozialtickets ernst nimmt.



## **„Mehr Personal für das Umweltamt!“**

**Linksfraktion möchte neun weitere Stellen im Umweltbereich**

**PM vom 13.11.2017**

„Selbst die zuständige Ministerin Scharrenbach von der CDU hat bemängelt, dass es zu wenig Planer in den Kommunen gibt“, erklärt Lukas Hirtz, umweltpolitischer Sprecher der Linksfraktion Duisburg. „Der Personalmangel im Umweltbereich spitzt sich immer weiter zu. Deswegen haben wir einen neun Stellen umfassenden Änderungsantrag zum Stellenplan vorgelegt.“

Am 17.11. diskutiert der Umweltausschuss den Haushalt und den Stellenplan der Stadt Duisburg.

„Auch die anderen Ausschussmitglieder bemängeln, dass Anfragen spät und nicht immer zur Zufriedenheit sowie Drucksachen sehr kurzfristig beantwortet werden. Allen ist klar, dass da Personalmangel herrscht. Und das ist nur ein Indiz dafür, wie überlastet die Verwaltung ist. Planungen können nur noch minimalistisch durchgeführt werden und die benötigte Kommunikation mit der Öffentlichkeit ist stark eingeschränkt. Hier muss endlich nachgelegt werden. Duisburg muss nicht nur im Zuge des Klimawandels deutlich umweltfreundlicher werden. Und das braucht Leute. Unsere Personalvorschläge hätten auch positive Auswirkungen auf den Haushalt, da Fördermittel akquiriert werden können und sich bessere Planung auch positiv auf die Wirtschaft auswirkt.“

Duisburg legt derzeit ein Klimaschutzkonzept auf, plant eine internationale Gartenausstellung und muss den Hochwasserschutz neu aufstellen. Dazu kommen weitere neue Aufgaben. Mehr Personal ist also mehr als notwendig.

## Duisburg auch für Hummeln und Bienen

### **Linksfraktion stellt Antrag zu bienenfreundlichem Straßenbegleitgrün und Hummelautobahn.**

„In letzter Zeit haben Berichte über einen massiven Rückgang der Insektenpopulationen die Öffentlichkeit alarmiert. Wir handeln und machen Vorschläge Duisburg insektenfreundlicher zu gestalten“, erklärt Lukas Hirtz, umweltpolitischer Sprecher der Linksfraktion Duisburg. „Oslo war Vorreiter, aber auch Essen zieht nach: Beide Städte haben Hummelautobahnen eingerichtet. Hierbei trägt die Stadt Sorge, dass in regelmäßigen Abständen Futterangebot für Hummeln vorhanden ist, damit diese das Stadtgebiet queren können. Das kann Duisburg schon lange. Und mit kleinen Änderungen an den Grünstreifen an und auf Straßen können die Bienenpopulationen, die weiterhin unter starken Druck stehen, wirksam unterstützt werden. So kann Duisburg einen großen Beitrag gegen das Insektensterben leisten. Das wäre auch für die Menschen wichtig, da wir von der Bestäubung und von dem Beitrag der Insekten im Ökosystem abhängig sind.“

## Linksfraktion engagiert sich gegen Kinderarmut

### **PE vom 10.11.2017**

Die Linksfraktion wird ihr Engagement für den Abbau der Kinderarmut in Duisburg weiter ausbauen. Nach einer Anfrage der Ratsfraktion zur aktuellen Situation von Kindern und Jugendlichen in Duisburger Familien mit niedrigsten Einkommen ist ein kontinuierlicher Anstieg der Kinderarmut zu verzeichnen.

Dazu nimmt die Fraktionsvorsitzende Martina Ammann-Hilberath Stellung: „Die Situation ist dramatisch. Stadtweit ist jedes 3. Kind von Armut betroffen. In einzelnen Stadtteilen lebt bereits jedes zweite Kind unter ärmlichsten Lebensverhältnissen. Bereits seit Jahren liegen Zahlen vor, wie u.a. der Sozialbericht 2012, der Kinderarmut in Duisburg genau untersucht hat und in dem Sozialwissenschaftler konkrete Handlungsempfehlungen gegeben haben, wie den Ausbau der Kitaplätze, Investitionen im Schulbereich und die Sicherung von Angeboten von Familienberatungs- und Unterstützungsprojekten.“

DIE LINKE kritisiert die mangelhafte Unterstützung der Kommunen durch Land und Bund im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe. „Wir sehen, dass viele gute Projekte in Duisburg, die Kinder und Familien unterstützen, sowohl unterfinanziert als auch nicht langfristig finanziell gesichert sind. Dies halten wir aber gerade an dieser Stelle für elementar wichtig, damit sich Armut nicht weiter vererbt. Armutsforscher und wissenschaftliche Studien weisen regelmäßig auf die Bedeutung von frühkindlicher Förderung für den weiteren Lebensweg der Kinder und Jugendlichen hin.“

Sehr pessimistisch ist die Linksfraktion, was die weitere Unterstützung von Bund und Land zur Bekämpfung der Kinderarmut betrifft. „Wir befürchten, dass sowohl von der Landesregierung als auch der möglichen neuen Bundesregierung außer Lippenbekenntnissen nicht mit weiterer Unterstützung zu rechnen ist. DGB und Wohlfahrtsverbände fordern zu Recht eine Stärkung der Familien. Dazu gehört auch eine Zukunftsperspektive für Eltern. Das von der Landesregierung unterstützte Programm „Sozialer Arbeitsmarkt“ muss schnellstens umgesetzt werden und im Umfang deutlich ausgeweitet werden, damit es mehr ist als ein Tropfen auf den heißen Stein.“

Die Linksfraktion hält die Bekämpfung der Kinderarmut in Duisburg für eines der wichtigsten sozialpolitischen Aufgaben in den kommenden Jahren. „Um Kinder und Jugendliche zu stärken und sie vor Armut zu schützen, brauchen wir eine Zusammenarbeit von allen Akteuren, die im Jugendhilfebereich engagiert sind. Wir werden deshalb in den kommenden Monaten das Gespräch suchen um zu erfahren, wie wir Vereine und Verbände vor Ort konkret unterstützen können.“



## **Offensive für lebendige Fassaden in Duisburg**

### **Linksfraktion schnürt Maßnahmenpaket für mehr Fassadenbegrünung**

**PM vom 03.11.2017**

„Fassadenbegrünung kann ein guter Bestandteil zum städtischen Umweltschutz sein. Doch leider sind bewachsene Fassaden in Duisburg noch eine Seltenheit“, erklärt Lukas Hirtz, umweltpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Duisburg. „Abgesehen davon, dass frisches Grün oder im Herbst knalliges rot einfach schöner ist, als tristes Betongrau, kann Fassadenbegrünung durch Stickoxidabbau und Feinstaubfixierung zur Verbesserung der Luftqualität beitragen. Es isoliert außerdem Häuser und bietet Tieren Lebensraum und Nahrung. Deshalb schlagen wir direkt fünf Maßnahmen vor, die einfach, aber effektiv sind.“

Vor Allem muss die Stadt als gutes Vorbild vorangehen. Deshalb soll das IMD wo immer es möglich ist, die Fassaden der städtischen Gebäude bepflanzen. Für private Hausbesitzer soll es eine Beratung und auch Fördermittel aus dem Fördertopf der Fassadenverschönerung geben können. Wenn die anderen Fraktionen zustimmen, kann schon im nächsten Frühjahr begonnen werde und die Duisburgerinnen und Duisburger können durch lebendige, grüne Straßen wandeln. Das wäre ein großes Plus für die Stadt und die Menschen, die in ihr leben.“



### **„Bäume in der Friedrich-Wilhelm-Straße erhalten“**

## **Linksfraktion möchte Planungen zum Umbau der Friedrich-Wilhelm-Straße ändern. PM vom 3.11.2017**

„Die Planungen sind phantasielos und entsprechen nicht den Ansprüchen einer zukunftsgerichteten Stadtentwicklung“, so Michael Dubielczyk, Bezirksvertreter für DIE LINKE. in der BV Mitte. „Wir freuen uns, dass in der Planung unsere langjährigen Forderungen nach einer Busspur und mehr Hecken nachgekommen wurde. Allerdings haben wir den Eindruck, dass auf der Friedrich-Wilhelm-Straße mehr und teuer subventionierte Parkplätze geschaffen werden und dies auf Kosten insbesondere des Radverkehrs. Wir denken, dass das Geld, was hier für Parkplätze ausgegeben wird, in Schulen besser investiert wäre!“

„Es ist vollkommen unnötig die großen und schönen Bäume zu fällen“ erklärt Lukas Hirtz, umweltpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Duisburg „Ein Gehweg könnte auch einen kleinen Schwenker machen, ohne dass dafür Bäume fallen müssen. Es muss nicht immer die wie Zinnsoldaten aufgebaute Baumreihe sein. Die Bäume, die derzeit auf der Friedrich-Wilhelm-Straße stehen sind dagegen gut gemischt. Eine Monokultur, wie sie geplant ist, ist auch anfälliger für Krankheiten und andere Widrigkeiten.“